

Leben heißt handeln

3.50 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 149/2.2021

ROBIN WOOD

magazin

Wald
braucht
Vielfalt!

Waldschäden 2020:
To die or not to die

Wilde Wälder nicht
verfeuern



Kein Wald in Großkraftwerke!

Foto: ELF / Karl Adami

Wälder sind unsere wichtigsten Verbündeten für das Klima – doch sie sind ernsthaft bedroht durch intensive Düngung und industrielle Tierproduktion. Wir erleben das schlimmste Artensterben seit den Dinosauriern. Nahezu jede Branche ist scharf auf den Wald – die Papierindustrie, die Bauindustrie und seit neuestem die Energieerzeuger. Wie im europäischen Ausland schon Realität, plant nun auch Deutschland wertvolle Wälder aus der ganzen Welt zukünftig in den Kohlekraftwerken zu verbrennen. Das müssen wir stoppen! Unterstützen Sie unsere Kampagne: Kein Verfeuern von Wäldern und Savannen in Großkraftwerken! Und machen Sie mit bei unserer Petition: <https://tinyurl.com/yxy94j8e>.

Helpen Sie mit Ihrer Spende! Nur so können wir politischen Druck aufbauen und uns für den Schutz der Wälder einsetzen. Herzlichen Dank! Lesen Sie dafür bitte auch ab Seite 24 dieser Ausgabe.



Abendliche, digitale Redaktionssitzung in Zeiten von Corona

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 22. Mai jährt sich der Tag der Artenvielfalt zum zwanzigsten Mal. Die Krise der Biodiversität ist nach der Klimakrise die größte menschengemachte Katastrophe. Wir müssen hier aktiv werden und die Politik zum Handeln bewegen – sonst haben wir keinen Grund zum Feiern. Denn die Vielfalt der Wälder ist in großer Gefahr. Abholzen, Luftschadstoffe, das Zerschneiden zusammenhängender Waldflächen, Grundwasserabsenkungen, Holzäcker aus Kiefern und Fichten, aber auch der Klimawandel sind Ursachen für den Verlust an **Vielfalt im Wald**. Untersuchungen an Insekten in deutschen Wäldern zeigen nicht nur einen dramatischen Artenrückgang von einem Drittel. Auch ihre Gesamtmasse schrumpfte um etwa 40 Prozent im untersuchten Zeitraum von 2008 bis 2017.

Um dem raschen Artenverlust Einhalt zu bieten, müssen deutlich mehr Wälder aus der Nutzung genommen und wirksam geschützt werden. Wald, der sich natürlich entwickeln kann, ist wesentlich klimastabiler! Die Bundesregierung hinkt ihren eigenen Plänen weit hinterher. Ihr wenig ambitioniertes Ziel, bis 2020 fünf Prozent der bundesweiten Wälder einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, verfehlt sie deutlich: Bis 2019 waren es erst 2,8 Prozent. Die verbliebenen **Natur- und Urwälder müssen verbindlich geschützt werden**. Statt Waldflächen weiter zu zerschneiden, müssen wir Wälder miteinander vernetzen.

2021 stehen zahlreiche zentrale Weichenstellungen an, die darüber entscheiden, ob und wie der Schutz unserer Lebensräume und ihrer Arten umgesetzt wird. So ringt die EU um eine **neue Waldstrategie**. Währenddessen liegt in Deutschland ein desaströser Entwurf der nationalen Waldstrategie 2050 vor. Parallel sträubt sich Frau Klöckner gegen das deutsche Insektenschutzgesetz. Wir müssen also weiter Druck machen!

Nach drei sehr trockenen Sommern sind die Waldsterbens-Zahlen für 2020 alarmierend. Unser Waldexperte Rudolf Fenner stellt Ihnen ab Seite 14 vor, warum die **Absterberate der Nadelbäume** besonders deutlich ausfällt. Es ist klar: Damit die Wälder die mit Sicherheit noch zulegende Klimaerwärmung besser ertragen können, muss das Binnenklima der Wälder mit seinen kühleren Temperaturen und seiner höheren Feuchtigkeit geschützt werden. Das geht um so erfolgreicher, je weniger das Kronendach durch Baumfällungen durchlöchert wird.

Der Druck auf die Wälder weltweit steigt. Obwohl es wie ein schlechter Scherz klingt: Hierzulande sollen Kohlekraftwerke umgerüstet werden und fortan gigantische Mengen an importierter Holzbiomasse aus industrieller Abholzung verfeuern. Damit diese Pläne nicht Wirklichkeit werden, bitten wir Sie unsere gemeinsame **Petition** mit Peter Wohlleben und der Deutschen Umwelthilfe unter <https://tinyurl.com/yxy94j8e> zu unterstützen: **Keine Büsche und Bäume in Großkraftwerken verfeuern!** Herzlichen Dank! Lesen Sie mehr dazu ab Seite 24 dieser Ausgabe.

Hoffnung macht uns das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021. Das Gericht fordert die Politik auf, tatsächlich mehr Klimaschutz umzusetzen und endlich das Klimaschutzgesetz zu einem wirksamen Instrument zu machen. 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030 wären dafür ein wichtiges und dringendes Ziel.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und bleiben Sie aktiv! Alles Gute wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion mit herzlichen Grüßen Ihre Christiane Weitzel



Seite 6

Foto: Mirko Boll/ROBIN WOOD

tatorte 

- 6 Hamburg: Klimaschädlich und unfair, Heizen mit Holz aus Namibia
- 7 Stuttgart: Klimakiller Erdgas – Nein Danke!
- 8 Genug der leeren Versprechen: Klimastreik!
- 9 München: Grün für alle!

 bündnisse

ZAD de la Colline: „Mehr als ein Hügel“ 10



Seite 10

Foto: Nora Rupp



Seite 12

Foto: BUND/Nicola Uhde

wald 

- 12 Vielfalt braucht Wald!
- 14 Waldschäden 2020: To die or not to die?
- 18 Waldpolitik: Julia Klöckners Ablenkmanöver
- 20 Fichtensterben: Chance für die ökologische Waldwende!
- 21 Muna-Wald vor Center Parc retten
- 23 Verpatzt! Massensendungen in der Corona-Krise aus Primärfaserpapier
- 24 Wälder und Savannen nicht verfeuern!
- 26 Biomasse für deutsche Energieversorger: Büsche aus der Savanne



Seite 28

Foto: Micha Deutschlade

tropenwald 

28 Berlin: Kriegt es endlich auf die Liefer-Kette!

 verkehr

Für eine sichere Landung: 32
Flieger stoppen statt Klima schrotten!

Seite 32



Foto: PantherMedia

Seite 34



Foto: Uwe Hixsch

energie 

34 10 Jahre nach der Katastrophe: Fukushima strahlt bis heute
35 Ökostromanbieter finden

internes 

37 Vermächtnisse, Impressum
38 ROBIN WOOD-Flosstour 2021: Die Zukunft ist erneuerbar!

Heftmitte: ROBIN WOOD-Jahresbericht 2020



Fotos: Mirko Boll/ROBIN WOOD

Protest vor dem Großkraftwerk Tiefstack in Hamburg: Hier soll künftig Buschholz aus Namibia verbrannt werden. Auch andere uralte, sensible und artenreiche Ökosysteme sollen in Kraftwerken verfeuert werden, um hierzulande für Strom und Wärme zu sorgen

Klimaschädlich und unfair: Heizen in Hamburg mit Holz aus Namibia

Hamburg, 28. Februar 2021: ROBIN WOOD-Aktivist*innen protestierten eindrucksvoll mit Bannern und Rauch vor dem Heizkraftwerk Tiefstack in Hamburg. Der Grund: Die Hamburger Umweltbehörde prüft zurzeit, im Kraftwerk Tiefstack – statt Kohle – Holz aus Namibia zu verheizen. Das Projekt ist international eines der ersten Vorhaben, für das in industriellem Maßstab Holz aus Afrika zur Energiegewinnung in ein EU-Land geliefert werden soll. Aus Sicht von ROBIN WOOD und rund 40 weiteren Umwelt- und Entwicklungsgruppen wäre dies eine krasse Fehlentscheidung, die dem Ziel einer klimafreundlichen, sozial gerechten Energieversorgung entgegen liefe.



Die Welt steckt mitten in der Klimakrise. Auch Hamburg muss seinen CO₂-Ausstoß drastisch senken. Da will es sich die Stadt zunutze machen, dass die Bundesregierung im Zuge des Kohleausstiegs die Energiegewinnung aus Biomasse als vermeintlich erneuerbare Energie fördert. Hamburg stünde dadurch auf dem Papier bei seiner Klimabilanz besser da, obwohl das industrielle Verfeuern von Holz Klima und Artenvielfalt massiv schadet. In Namibia hingegen würden die Treibhausgasemissionen negativ zu Buche schlagen. Sie entstünden etwa durch eine Nutzung der abgeholzten Flächen für die Rinderhaltung, bei der Produktion von Pellets bzw. Holz hackschnitzeln sowie beim Transport des Holzes.

ROBIN WOOD hat mit vielen anderen Akteur*innen in Hamburg den Volksentscheid für den Rückkauf der Energienetze erstritten. Seitdem ist die Stadt verpflichtet, für eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu sorgen. Das Verfeuern von Holz aus Namibia widerspricht diesem Ziel.

Die Aktiven forderten den Hamburger Umweltsenator auf, die Energiewende entschlossen voranzutreiben und der Umrüstung des Kraftwerks Tiefstack auf Holzverbrennung jetzt eine klare Absage zu erteilen. Das hätte auch Signalwirkung für ähnliche Projekte in anderen Städten.

Tipp: Hier finden Sie das ROBIN WOOD-Video zur Aktion: <https://bit.ly/2Qjw4TW>

Klimakiller Erdgas – Nein Danke!

Stuttgart, 23. April 2021: In Sichtweite des Kraftwerks Stuttgart-Münster spannten die Aktivist*innen ein Banner mit der Aufschrift „Klimakiller Erdgas – Nein Danke!“ über eine Fußgängerbrücke. Der Protest richtete sich gegen die Pläne des Energiekonzerns EnBW das Kraftwerk auf den Betrieb mit Erdgas umzurüsten.

Im Kraftwerk Stuttgart-Münster wird aktuell Steinkohle und Restmüll verbrannt, um sowohl Strom als auch Fernwärme zu produzieren. Im Zuge des Kohleausstiegs sollen die Steinkohlekessel bis 2025 durch neu zu bauende, mit Erdgas bzw. Erdgas und Heizöl betriebene Turbinen ersetzt werden. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes soll hier weitere fossile Infrastruktur geschaffen und der Umstieg auf eine erneuerbare Wärme- und Stromversorgung blockiert werden.

Anders als EnBW in ihrer Öffentlichkeitsarbeit behauptet, ist Erdgas alles andere als klimafreundlich. Sowohl das bei der Verbrennung entstehende CO₂ als auch das bei der Produktion und dem Transport von Erdgas entweichende Methan heizen die Klimakrise an. Je nach Ort und Methode der Gasförderung können Gaskraftwerke damit sogar klimaschädlicher sein als herkömmliche Kohlekraftwerke.



Foto: Angelika Linckh

Mehr Tempo bei den Erneuerbaren

Berlin, 25. März 2021: Mit einer gemeinsamen Aktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin protestierten Vertreter*innen der Deutschen Umwelthilfe, den NaturFreunden Deutschland, ROBIN WOOD und dem Umweltinstitut München gegen die Gefährdung der Energiewende durch die aktuelle Bundesregierung. Mit einem Banner „Klimakrise bekämpfen – Erneuerbaren-Ausbau verdreifachen!“ forderten sie die Bundesregierung auf, den Umbau auf ein klimaschonendes, erneuerbares Energiesystem deutlich zu beschleunigen. Bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Dezember 2020 hatte es die Bundesregierung verpasst, neue Zielwerte für den Ausbau von Wind- und Solarenergie zu verabschieden. Mit einem von SPD und Union angenommenen Entschließungsantrag wurde jedoch vereinbart, die notwendige Anpassung an die aktuellen Klimaziele im ersten Quartal 2021 nachzureichen. Trotz der Dringlichkeit der Klimakrise hält die Bundesregierung diese selbstgesetzte Frist nun nicht ein.

Die Energiewende ist unter der aktuellen Bundesregierung ins Stocken geraten. Während im Jahr 2017 noch Windkraftanlagen an Land mit einer Leistung von 5,3 Gigawatt (GW) zugebaut wurden, betrug der Zubau 2020 gerade mal 1,4 GW. Auch bei der Solarenergie liegen die aktuellen Zubauzahlen mit 4,8 GW (2020) deutlich unter dem, was aktuell notwendig wäre, um die Klimaziele einzuhalten. Insbeson-

dere Bürgerenergieprojekte, die zum bisherigen Erfolg der Energiewende in Deutschland erheblich beigetragen haben, sind durch ausufernde bürokratische Anforderungen und eine Reduktion der verfügbaren Flächen deutlich zurückgegangen.

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl kündigten die Aktiven an, weiter Druck für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu machen. Dabei setzen sie auf den Protest einer breiten Klimabewegung.



Foto: ROBIN WOOD

Genug der leeren Versprechen: Klimastreik!



Klimastreik in Stuttgart

19. März 2021: Könnte, würde, hätte – genug der leeren Versprechungen. Machen ist angesagt, damit die bedrohlichste Krise unserer Zeit bekämpft und das Pariser Klimaschutz-Ziel erreicht werden kann. Fridays For Future ist zurück und zeigte beim Klimastreik in rund 120 Städten eindrucksvoll, dass die Bewegung trotz Corona-Einschränkungen weiter Druck machen wird – auch mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl. ROBIN WOOD war unter anderem in Stuttgart, München, Köln und Hamburg dabei.

#NoMoreEmptyPromises – lautete die Forderung heute auch im Oberen Schlossgarten in **Stuttgart**. ROBIN WOOD-Aktive demonstrierten dort mit für eine klimafreundliche Energiewende und um deutlich zu machen, dass Gas keineswegs eine klimafreundliche Alternative zu Kohle und Öl darstellt.

In **München** beteiligten sich ROBIN WOOD-Aktive an der Demo „Global Climate Strike: Kein Bock auf leere Worte, Klimawandel und Kapitalismus!“. „Wälder sind die Lunge der Erde“ stand auf ihrem Banner.

In **Köln** fanden gleich an sechs Standorten Kundgebungen zum Globalen Klimastreik statt. Neben flammenden Reden für den dringend notwendigen Klimaschutz stand Unterhaltung auf dem Programm: Der Kabarettist Jürgen Becker sorgte für Aufheiterung angesichts der globalen Krisen und die Bläck Fööss forderten zu Zusammenhalt „in unserem Veedel“ auf.



ROBIN WOOD-Aktive mit Pinguinen beim Klimastreik in Köln

Um die Bedeutung der Wälder für den Klimaschutz ging es in **Hamburg**: „Mehr wilde Wälder wachsen lassen!“, forderte ROBIN WOOD mit einem Redebeitrag bei der Kundgebung von „Parents for Future“ auf dem Rathausmarkt. Mehr Waldflächen müssen aus der forstlichen Nutzung genommen und unter Schutz gestellt werden. Zugleich warnte ROBIN WOOD vor einer neuen Gefahr für die Wälder: Angesichts des Kohleausstiegs suchen die Energieunternehmen nach neuem Brennstoff für ihre großen Kraftwerke. Ihre Idee: Holz verfeuern, um Strom und Wärme zu erzeugen. Das erhöht den Druck auf die Wälder und andere Ökosysteme, in denen die begehrte Biomasse zu holen ist.

In Hamburg wird dies bereits konkret. Dort prüft die Umweltbehörde, ob künftig statt Kohle Holz aus Namibia im Kraftwerk Tiefstack verheizt werden soll. ROBIN WOOD nutzte den Klimastreiktag, um weiteren Protest dagegen anzukündigen: „Keine Holzverbrennung in Tiefstack: Büsche und Bäume müssen draußen bleiben!“

Klimastreik in Hamburg: Keine leeren Versprechen mehr!

Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin, Hamburg



Fotos: ROBIN WOOD

Grün für alle!

München, 12. Februar 2021: „Grün für alle, statt Profit für Einen“ und „47 Prozent Flächenversiegelung in München“ stand auf Bannern und Plakaten. Die ROBIN WOOD-Regionalgruppe München demonstrierte zusammen mit einer Bürger*innen-Initiative für den Erhalt der öffentlichen Grünanlage direkt neben dem Gartencenter Seebauer in Ramersdorf, München-Neuperlach. Es herrschte Empörung darüber, dass der Besitzer das Gartencenter auf einer öffentlichen Grünfläche erweitern will. Dem Bauvorhaben sollen insgesamt ca. 40 bis 60 Bäume zum Opfer fallen. Ziel der Aktiven ist es, den ökologisch wertvollen Baumbestand vor der Fällung zu retten.

Ein Aktionsbündnis setzte sich schon seit Anfang 2019 für den Erhalt der öffentlichen Grünanlage ein. Der Protest zielte nicht darauf ab, die Erweiterung oder den Neubau von Wohnungen für Mitarbeiter*innen verhindern. Der Investor sollte vielmehr von einer umweltverträglicheren Alternative überzeugt werden. Zu diesem Zweck engagierte das Bündnis einen Architekten, der eine gute Lösung entwickelte,



um Bäume, Grünanlage und Gartencenter nebeneinander existieren zu lassen. Diesen Plan wollte der Investor jedoch nicht umsetzen. Stattdessen reichte er einen Antrag auf Fällung einiger Bäume auf dem Areal ein.

Lukas Busch, ROBIN WOOD-München
muenchen@robinwood.de

Tierindustrie: Ausstieg statt Umbau!

Berlin 5. März 2021: Vor dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft forderten Aktivist*innen von den politisch Verantwortlichen die industrielle Tierhaltung zu beenden. Anlass war eine aktuelle Studie mit dem Titel: „Milliarden für die Tierindustrie“.

Jedes Jahr fließen mehr als 13 Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln in die gesamte Tierwirtschaft. Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ forderte mit der Kundgebung diese Gelder zu nutzen, um unverzüglich aus der Tierindustrie auszusteigen und die Milliarden-Summen in einen ökologischen und solidarischen Landbau umzulenken.



Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität. Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen. Dort, wo es keine Gruppen gibt, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit

und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter www.robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de



Die erste Waldbesetzung der Schweiz: Aktivist*innen der ZAD de la Colline protestierten gegen einen weiteren Kalksteinabbau. Mit einem massiven Aufgebot hat die Polizei und Feuerwehr die ZAD de la Colline inzwischen geräumt. Da sich Personen in Bäumen verschanzten, dauerte die Räumung mehrere Tage

ZAD de la Colline: „Mehr als ein Hügel“

*Nicht weit von Lausanne wehren sich Menschen der Initiative „ZAD de la Colline“, gegen die Zerstörung eines Bergplateaus durch den Schweizer Baustoffkonzern Lafarge-Holcim. Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, und Aaron Schinker, ROBIN WOOD-Aktionsunterstützung, sprachen mit zwei Aktivist*innen dieser ersten Waldbesetzung in der Schweiz. ZAD steht für „Zone à défendre“, zu verteidigende Zone, und wird umgangssprachlich als Bezeichnung für eine Besetzung verwendet.*

? Seit gut 25 Jahren wird auf dem Berg Mormont vom Schweizer Unternehmen „LafargeHolcim“ Kalkstein abgebaut. Warum seid ihr jetzt dort aktiv geworden?

! Auf dem Birette-Plateau, unterhalb des Gipfels des Berges Mormont, wachsen artenreiche Trockenwiesen und Wälder. Hier befindet sich auch eine wichtige archäologische Stätte, an der sich Kelten aus ganz Europa versammelten. Der Steinbruch, für den bereits ein großer Teil des Berges abgetragen wurde, soll jetzt auf einer Fläche von 200 x 600 Metern vergrößert werden. Weitere sieben Jahre soll Kalkstein abgebaut und die Natur ausgebeutet werden.

Nichtregierungsorganisationen legten gegen die Erweiterung des Steinbruchs Einspruch ein, der jedoch auf kantonaler Ebene abgewiesen wurde. Aber der Kampf geht weiter. Deswegen haben sie auf Bundesebene Berufung eingelegt. Um

öffentlich Druck zu machen, besetzten die Aktivist*innen das Gelände. Wir wollen so das zerstörerische Projekt von LafargeHolcim stoppen und retten, was vom Mormont noch übrig ist. Wir wollen der Öffentlichkeit zeigen, wie die Betonindustrie den Klimawandel anheizt, Wasser und Böden verschmutzt und in den 80 Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist, die Menschenrechte missachtet.

? Bitte beschreibt uns die Landschaft, gegen deren Zerstörung ihr kämpft.

! Der Mormont ist ein Kalksteinberg, der zum zentralen Juramassiv gehört. Auf ihm wachsen die letzten Trockenwiesen der Schweiz – 95 Prozent dieses Biotoptyps sind bereits verschwunden. Weil die Trockenwiesen so selten sind, gehören die Mormont-Wiesen zum sogenannten „Inventar von nationaler Bedeutung“, das nur 0,5 Prozent der Landesfläche ausmacht.

Das Gebiet ist ein wichtiger ökologischer Wildtierkorridor zwischen dem Jura und den Alpen. Die abwechslungsreiche Landschaft besteht neben den Trockenwiesen aus Ackerland mit Wallhecken, einem großen Mischwald am Nordhang und Weinbergen im Süden des Mormont. Eine der Besonderheiten sind 24 Orchideenarten, die hier vorkommen und die alle national geschützt sind.

? Was fordert ihr von dem Unternehmen LafargeHolcim und der Politik?

! Wir fordern, dass der Kalksteinabbau nicht erweitert wird, und dass das Birette-Plateau erhalten bleibt. Aber wir wollen auch nicht, dass, falls dieser Steinbruch geschlossen wird, einfach auf dem nächsten Hügel ein neuer Steinbruch eröffnet oder dass Kalkstein aus Italien importiert wird. Das macht für uns keinen Sinn. ZAD will auch die ökologischen und sozialen Grenzen der aktuellen Bauwirtschaft und des konkreten Lobbyismus aufzeigen. Wir fordern, dass alternative Baukonstruktionen gefördert und die Verwendung alternativer Materialien erleichtert werden: Leichtbauten, Materialien aus biologischem Anbau, recycelte Baustoffe.

? Wie habt ihr zusammengefunden? Wer ist bei euch aktiv und unterstützt euch?

! Anfang letzten Jahres schrieben Menschen, die am Klimastreik teilgenommen haben, einen offenen Brief an das Unternehmen und forderten es auf, seine Aktivitäten neu auszurichten. Noch während das Bundesgericht über die Genehmigung der Steinbrucherweiterung beriet, planten zwei Aktivist*innen die erste „Zone à défendre“, die „zu verteidigende Zone“ der Schweiz. Die Idee zur Besetzung war ihnen gekommen, während sie jeden Tag mit der Bahn von Yverdon nach Lausanne an einem Steinbruch vorbei tuckerten, vor dem ein riesiges Schild die nachhaltige Partnerschaft zwischen LafargeHolcim und der Region lobt. Diese Besetzung ist also die Idee einer kleinen, eher heterogenen Gruppe von Aktivist*innen.

Von Anfang an ging die Besetzung in der Westschweiz breit durch die Medien. Die „ZAD de la Colline“ wurde zu einem zentralen Platz für Aktivist*innen der Westschweiz. Aber auch zu einem Ort, der für viele das erste Tor zum direkten ökologischen Kampf wurde. In den letzten Wochen sind immer mehr Menschen aus der Deutschschweiz, dem Tessin, aber auch Aktive aus ZADs in Frankreich oder Waldbesetzer*innen aus dem Dannenröder Wald in Deutschland zu uns gestoßen und haben ihre Erfahrungen und ihr Wissen geteilt. Vor Ort werden wir direkt von der Association for the Defence of Mormont (ASM) unterstützt, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Natur und Landschaft von Mormont zu schützen.

? Wie hat das Unternehmen auf eure Besetzung reagiert?

! In der ersten Woche der Besetzung besuchten uns die Direktor*innen des Unternehmens, um uns vom Betreten des Steinbruchs abzuraten und vor Unfallrisiken zu warnen. Dabei war es nie unser Ziel, den Betrieb der Mine zu verhindern, sondern die Erweiterung des aktuellen Kalksteinbruchs. Seitdem herrscht seitens LafargeHolcim komplette Funkstille, und es ist momentan selbst für die Leute von der ASM unmöglich, mit dem Unternehmen in Kontakt zu treten. LafargeHolcim sorgt sich seit Jahrzehnten um sein Image und nutzt Greenwashing-Strategien, deshalb vermuten wir, dass es nicht frontal gegen uns vorgehen wird.



Ausblick vom besetzten Birette-Plateau. Eine Besonderheit sind die 24 Orchideenarten, die hier vorkommen und die alle national geschützt sind

? Wie steht die lokale Bevölkerung zu der Erweiterung des Bergwerks?

! Schon vor der ZAD wurde für den Schutz des Hügels gekämpft. Die ASM hat fast 400, meist lokale Mitglieder. Sie unterstützen uns mit Geldspenden, aber auch mit Lebensmitteln, Baumaterial und Holz und berichten in ihren sozialen Netzwerken über unsere Besetzung. Aber es ist nicht nur die ASM, die uns hilft. Über das große Netzwerk aus Vereinen und Umwelt-Aktivist*innen in der Westschweiz unterstützen uns jeden Tag mehr Menschen und sie wollen uns im Falle einer Räumung helfen. Auch die Schweizer Grünen haben einen Appell zum Schutz des Mormonts an das Parlament gerichtet.

Leider, und wie nicht anders zu erwarten, genießt die ZAD nicht die einhellige Unterstützung der lokalen Bevölkerung. Vor allem in Eclépens gibt es viele Arbeiter*innen, deren Familien schon seit drei Generationen für LafargeHolcim tätig sind. LafargeHolcim gilt als ein Unternehmen, das die Region belebt und Vereine wie den lokalen Fußballclub finanziell unterstützt.

? Welche Unterstützung wünscht ihr euch zum Beispiel von Menschen, die derzeit aufgrund der Pandemie nicht zu euch reisen können?

! Wir freuen uns über jede mediale Unterstützung, über das Teilen von Artikeln und Berichten zu unserer Besetzung auf ihren Kanälen, in ihren Netzwerken und über Kollektive und Organisationen. Sie können auch sehr gerne unsere Petition zur Unterstützung der ZAD unterzeichnen und teilen, die auf unserer Webseite zu finden ist: orchidees.noblogs.org.

Das Interview wurde von den Autor*innen aus dem Französischen übersetzt. Eine ausführliche Version finden Sie auf unserer Homepage unter: www.robinwood.de/blog/es-geht-um-mehr-als-einen-hügel. Mehr Infos auch unter: <https://zaddecolline.info/>.



Fotos: BUND/Nicola Uhde



Foto: Christiane Weitzel

Vielfalt braucht Wald!

Die Bundesregierung hat sich einer beeindruckenden Zukunftsvision für die deutschen Wälder verpflichtet: mit hoher natürlicher Vielfalt und Dynamik, strukturreichen Waldgesellschaften und einer naturnahen Bewirtschaftung des Waldes – und das alles im Einklang mit seiner ökologischen und sozialen Funktion. So steht es in der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, die schon bis Ende letzten Jahres umgesetzt werden sollte.

Doch die Ziele wurden krachend verfehlt! Und schlimmer: Die Vielfalt der Wälder ist in großer Gefahr. Kahlschläge, Luftschadstoffe, die Zerschneidung zusammenhängender Waldflächen, Grundwasserabsenkungen, „Holzäcker“ aus Kiefern und Fichten, aber auch der Klimawandel sind Ursachen für den Verlust an Vielfalt im Wald. Untersuchungen an Insekten in ausgewählten deutschen Wäldern zeigten nicht nur einen dramatischen Artenrückgang von einem Drittel. Auch ihre Gesamtmasse schrumpfte um etwa 40 Prozent im Untersuchungszeitraum von 2008 bis 2017. Das ist mehr als alarmierend!

Am 22. Mai jährt sich zum zwanzigsten Mal der Tag der Biodiversität. Doch einen Grund zum Feiern haben wir nicht! Die Zeit drängt: Wir stehen vor den Herausforderungen einer Klimakrise und einer nicht minder schwerwiegenden Krise der Biodiversität! Um dem raschen Artenverlust Ein-

halt zu bieten, müssen deutlich mehr Wälder aus der Nutzung genommen und wirksam geschützt werden. Denn Wald, der sich natürlich entwickeln kann, ist wesentlich klimastabiler! Die Bundesregierung hinkt ihren eigenen Plänen weit hinterher. Ihr wenig ambitioniertes Ziel bis 2020 fünf Prozent der bundesweiten Wälder einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, verfehlt sie deutlich: Bis 2019 waren es erst 2,8 Prozent.

Die wenigen verbliebenen Natur- und Urwälder müssen zwingend verbindlich geschützt werden. Statt Waldflächen weiter zu zerschneiden, müssen wir Wälder miteinander vernetzen. Ein besonderes Augenmerk muss auf den Schutz und Erhalt alter Bäume gelegt werden. Höhlen, Spalten und Risse, alte Bohrgänge, starkes Ast- und Kronentotholz: dies alles bietet Lebensraum für Vögel, Insekten und Säugetiere, Pilze, Flechten und Mistelbesatz – für die Vielfalt, die wir zum Überleben brauchen. Alte Bäume brauchen intakte Wälder. Solche Waldgesellschaften haben nichts mit Baumplantagen zu tun!

Seit fast vier Jahrzehnten kämpft ROBIN WOOD gemeinsam mit Ihnen für den Schutz und den Erhalt der Wälder. Die Dringlichkeit hat durch die Klimakrise und den massiven Verlust der Artenvielfalt enorm zugenommen. Lesen Sie auf den folgenden Seiten bitte mehr zum Sterben der Wälder und warum Wald nicht in Kohlekraftwerken verheizt werden darf.

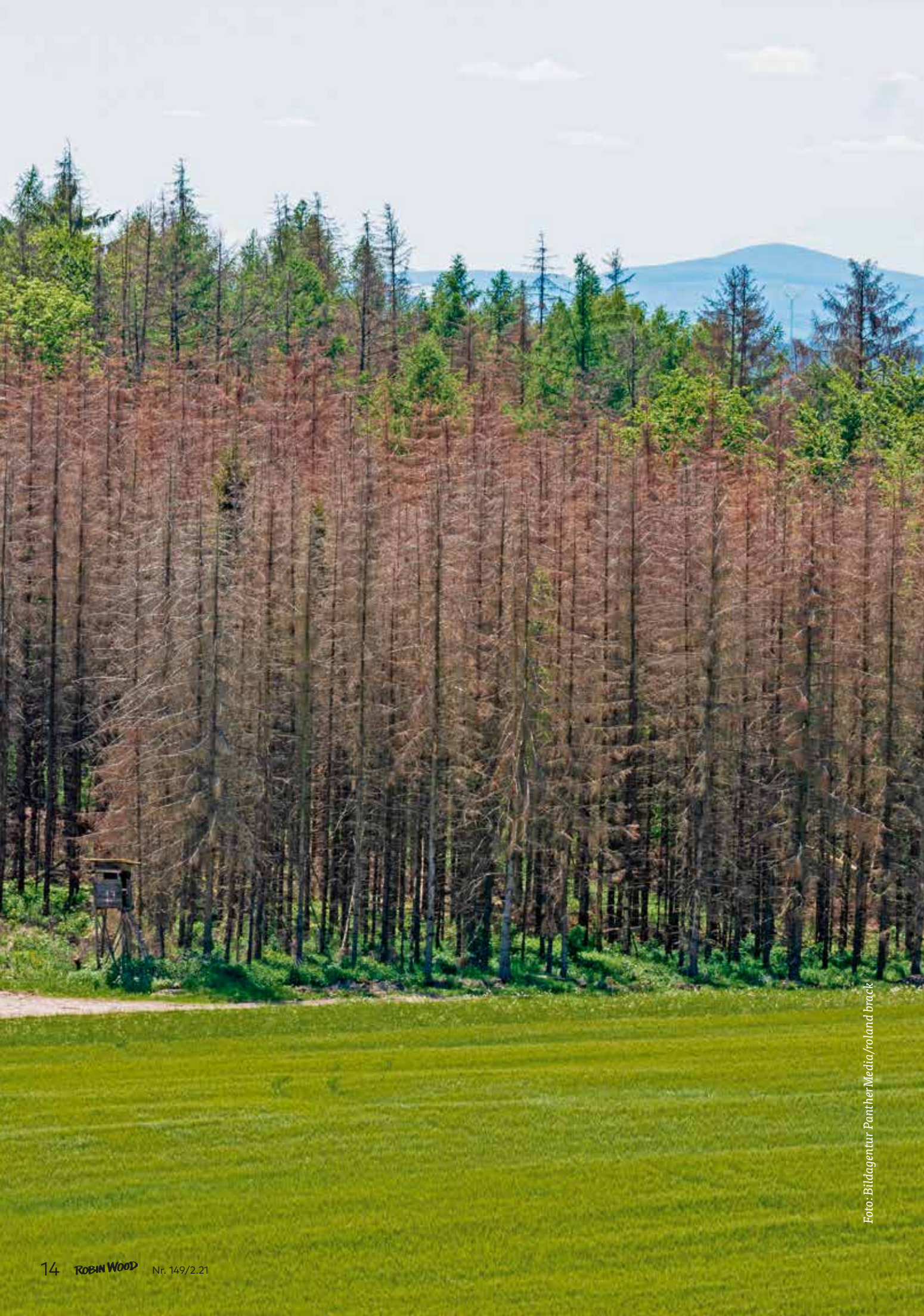


Foto: Bildagentur PantherMedia/roland brack

Waldschäden 2020:

To die or not to die?

Keine Frage, die letzten drei Jahre waren so trocken und warm wie wohl noch nie. Und sichtbar wie nie sind auch die Folgen in den Wäldern. Alle haben sie gesehen – die toten, die sterbenden, die welken Bäume. Und wer es nicht mit eigenen Augen in den Wäldern hat sehen können, der hat es dank zahlloser medialer Berichte und Reportagen trotzdem mitbekommen: Der Schadensverlauf des Waldes, alljährlich gemessen an den Blatt- und Nadelverlusten in den Baumkronen der Waldbäume, ist in den beiden letzten Jahren auf die höchsten Werte seit Beginn dieser Erhebungen im Jahre 1984 hochgeschossen (siehe Grafik unten).

Nur noch 21 Prozent aller Waldbäume wurden als vital eingestuft. Der Rest zeigt erkennbar erhöhte Blatt- bzw. Na-

delverluste, 37 Prozent der Baumkronen sind deutlich bis stark geschädigt.

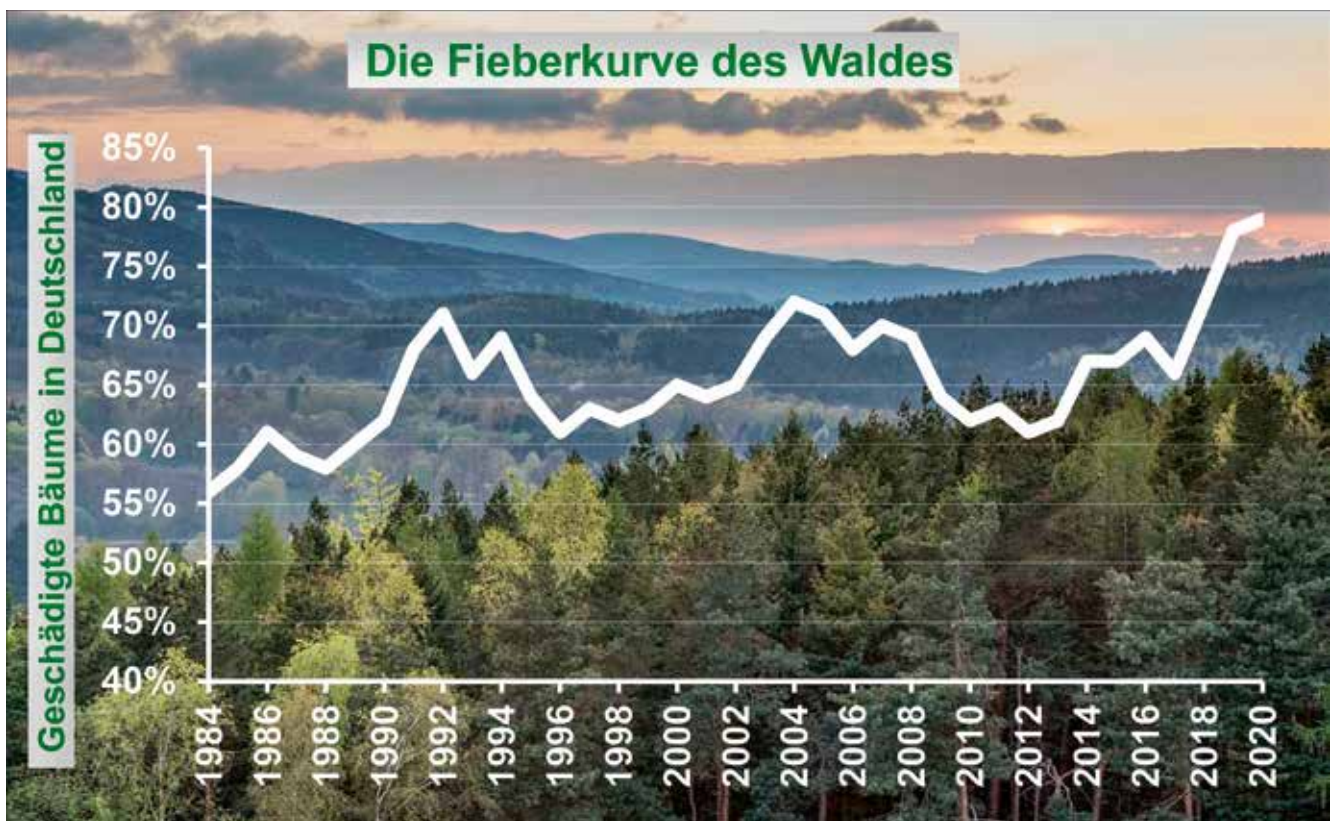
Gestorben wurde in den Wäldern schon immer. Doch die Menge der jährlich abgestorbenen Bäume, die sogenannte Absterberate, war in der Vergangenheit keine Messgröße, die wirklich auffällige Veränderungen erkennen ließ. Sie schwankte in den letzten zwei Jahrzehnten unspektakulär um einen Wert von 0,2 Prozent. Selbst nach der ersten ungewöhnlichen Dürre im Jahr 2003 blieb sie unter 0,3 Prozent. Doch in den letzten beiden Jahren ist die Absterberate angestiegen, zunächst 2019 auf 0,63 Prozent und im letzten Jahr dann auf 1,73 Prozent.

Die fortschreitende Klimaerwärmung hat mit dieser mehrjährigen sommer-

lichen Hitze und Trockenheit unübersehbar einen dicken Warnschuss in die Wälder platziert. In manchen Kommentaren von forstlichen Verbänden und Ministerien wird seitdem den Fichten und Kiefern, aber auch den Buchen kaum noch eine Zukunft im Wirtschaftswald zugetraut. Dafür wird die Liste mit Vorschlägen von Ersatzbaumarten aus wärmeren Regionen der Welt immer länger.

Doch schon ein grober Blick in die Details des aktuellen Waldzustandsberichts des Bundeslandwirtschaftsministeriums ergibt ein anderes Bild: Nadelbäume starben während des letzten Jahres deutlich stärker weg als Laubbäume. Insgesamt lag die Absterberate bei den Nadelbäumen bei rund 2,4, bei den Laubbäumen aber nur bei

Der Schadensverlauf des Waldes, alljährlich gemessen an den Blatt- und Nadelverlusten in den Baumkronen der Waldbäume, ist in den beiden letzten Jahren auf die höchsten Werte seit Beginn dieser Erhebungen im Jahre 1984 hochgeschossen. Dargestellt sind die zusammengefassten Werte aller Waldbäume in den Schadstufen 1 – 4



0,9 Prozent. Fichten hatten dabei die bei weitem höchste Absterberate. Über vier Prozent sind im letzten Jahr bundesweit abgestorben, in Nordrhein-Westfalen waren es fast 11 und in Hessen sogar 17 Prozent. Die geringsten Absterberaten bundesweit hatten Buchen und Eichen mit 0,3 bzw. 0,41 Prozent. Insgesamt sind deutlich mehr als doppelt so viel Fichten abgestorben als alle anderen abgestorbenen Nadel- und Laubbaumarten zusammengenommen!

Bemerkenswert und zunächst irritierend ist, dass Buchen und Eichen die geringsten Absterberaten hatten (siehe Grafik unten), während ihr Schadensverlauf anhand der Kronenverlichtung sie in den letzten drei Jahrzehnten durchgängig als die am stärksten geschädigten Waldbaumarten ausgewiesen hat (siehe Grafik auf der folgenden Seite). Und umgekehrt: Fichten und Kiefern schienen, gemessen anhand ihrer Nadelverluste, deutlich weniger zu leiden, starben aber jetzt in erschreckendem Umfang ab. Offensichtlich sind Laubbäume deutlich besser als Nadelbäume in der Lage, sehr differenziert über Blattausbildung und Blattabwurf auf Umweltbelastungen und Wasserstress zu reagieren und so dem tödlichen Verdorren eher zu entkommen. Offensichtlich wird allerdings auch, dass das Kriterium der Kronenverlichtung nur als Gradmesser für die Schadensentwicklung der jeweiligen Baumart geeignet ist, nicht aber für den Vergleich zwischen verschiedenen Baumarten.

Kein Baum stirbt aus in Deutschland – auch die Fichte nicht. Aber sie zieht sich offensichtlich

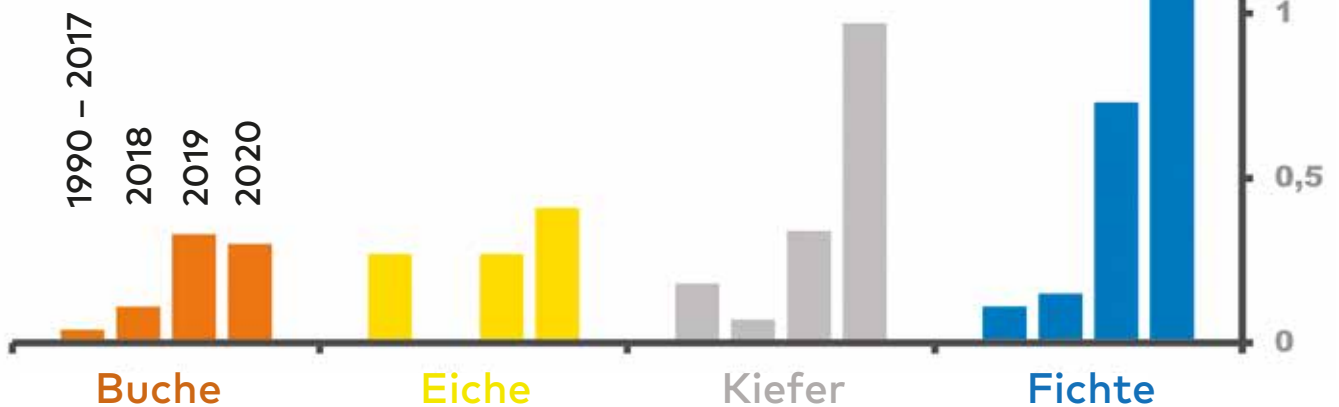
und mit aller Macht wegsterbend aus den plantagenartigen Forsten und aus den mittlerweile zu warmen und zu trockenen, tieferen Lagen zurück – nämlich dorthin, wo sie in Deutschland von Natur aus heimisch ist: in die höheren, kühleren und auch feuchteren Lagen der süddeutschen Mittelgebirge und des Alpenrands, wo auch die Chancen des Borkenkäfers deutlich gemindert sind.

Wer aber im selben Atemzug mit der Fichte auch die Buche verbal gleich mit wegsterben lässt, redet fahrlässig daher. Mag sein, dass sich die Buche künftig aus steileren, sonnenexponierten Süd- und Südwesthängen nach und nach zurückziehen wird. Von solchen Standorten stammten meist die Bilder von flächig absterbenden Buchenbeständen, deren Laubkronen bereits im Sommer braun verfärbt und zum Teil auch schon kahl geworden waren.

Doch dieser vorzeitige Blattabwurf ist bei Laubbäumen – siehe oben – eine Art Notbremse, um sich vor weiterem, letztlich tödlichem Wasserverlust durch die transpirierenden Blätter zu schützen. Da aber die Knospen fürs nächste Jahr bereits im Juli fertig angelegt sind, haben etliche Laubbäume im darauffolgenden Jahr wieder ausgetrieben.

Und, um es noch mal zu betonen. Die Buche ist unter den vier Hauptbaumarten bundesweit diejenige, die mit den insgesamt geringsten Verlusten durch die bislang längste und härteste Dürre gekommen ist.

Absterberaten der vier Hauptbaumarten in unseren Wäldern



Für die Darstellung der zusammengefassten Absterberaten der Jahre 1990 bis 2017 wurde der mittlere Wert (Median) gewählt. Die Streubereiche dieser zusammengefassten Werte – bereinigt um die jeweils drei niedrigsten und die drei höchsten Werte – betragen für die Buche 0 – 0,11 %, für die Eiche 0,11 – 0,51 %; für die Kiefer: 0 – 0,29 % und für die Fichte 0,04 – 0,26 %

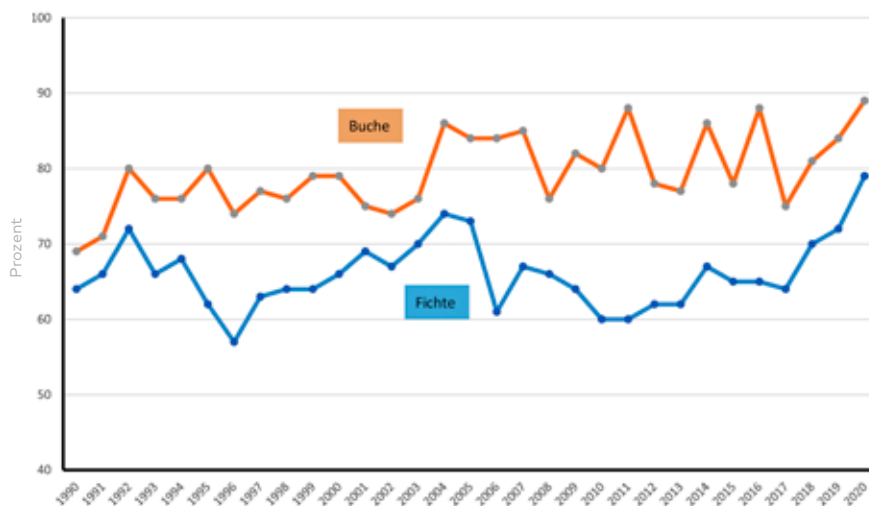
Und wer mit glänzenden Augen noch immer die aus Nordamerika stammende Douglasie als traumhaften Zukunftsbaum für unsere Wälder propagiert, hat sich ihre Schadensbilanzen in Südwestdeutschland nicht angeschaut. Aus dem in der Tat vor vier Jahrzehnten noch rundum gesund dastehenden Baum ist dort über die Jahre ein Baum geworden, bei dem nur noch weniger als 20 Prozent sind ungeschädigt.

Damit die Wälder sich von den Schäden der letzten Jahre erholen können und – mehr noch – damit die Wälder vor der mit Sicherheit noch zulegenden Klimaerwärmung besser geschützt sind, ist es erforderlich, das Binnenklima der Wälder mit seinen kühleren Temperaturen und seiner höheren Feuchtigkeit besser zu schützen.

Das geht um so erfolgreicher, je weniger das Kronendach durch Baumfällungen durchlöchert wird. Auch sollten umgestürzte Bäume und anderes Totholz weitmöglichst im Wald belassen werden. Das hält die Feuchtigkeit am und auch im Waldboden deutlich länger!

Und überhaupt: Es sollte jetzt endlich verstärkt über die Anpassung der Waldbewirtschaftung an die sich ändernden Klimabedingungen nachgedacht werden, anstatt immer wieder

Entwicklung der Kronenverlichtung (Schadstufen 1 bis 4) bei Buche und Fichte seit 1990



Der Laubbaum Buche zeigt im Vergleich zum Nadelbaum Fichte einen seit Jahrzehnten deutlich höheren Anteil an verlichteten Baumkronen

vermeintlich besser geeignete Baumarten aus anderen Regionen in die Debatte zu werfen, über deren Integrationsfähigkeit in die hiesigen Wälder wir aber so gut wie nichts wissen.

Rudolf Fenner, Waldexperte
ROBIN WOOD, Hamburg

Mehr Infos finden Sie unter:
www.robinwood.de/waldsterben

Unter <https://bmel.de/DE/themen/wald/wald-in-deutschland/waldzustandserhebung.html> können die Ergebnisse der bundesweiten Waldzustandserhebung 2020 sowie der Berichte aus den einzelnen Bundesländern heruntergeladen werden. Grafiken und Tabellen dazu gibt es gesondert auch unter https://tiwo-wze.shinyapps.io/WZE_app/

Der Burgberg im Nationalpark Hainich

Man konnte es schon von Weitem sehen: Es war in den letzten Tagen des Sommers 2019 und die südwestliche Flanke des dicht bewaldeten Burgbergs bis rauf auf die Kuppe sah im oberen Bereich weitgehend schwarzbraun aus – nur noch wenige grüne Baumkronen dazwischen.

Über 80 Prozent dieses Bergrückens ist von Buchen bestanden, deren Laub bereits offensichtlich weitgehend abgeworfen war. Vereinzelt standen dazwischen und noch grün ein paar andere Laubbäume wie Trauben-Eiche, Sommer-Linde, Berg- und Feld-Ahorn. Aus der Nähe war zu sehen, dass einige der kahl aussehenden Buchen im unteren Kronenbereich, der vor Hitze und Sonneneinstrahlung etwas geschützt ist, noch etwas grünes Laub trugen.

Der Gesamteindruck war, dass wohl im nächsten Jahr der größte Teil dieser Buchen nicht mehr am Leben sein würde, zumal bereits die ersten Folgeschäden, wie abgeplatzte

Rindenpartien und erste Pilzinfektionen am Stamm, zu sehen waren. Tatsächlich aber ergab eine Erhebung im darauffolgenden Jahr, dass nur etwa zehn Prozent der Buchen abgestorben waren.



Foto: László Maráz



Julia Klöckner sorgt sich öffentlichkeitswirksam um die Wälder. Statt die tatsächlichen Ursachen für das Waldsterben zu benennen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, beschränkt sie sich darauf, großzügig Geldgeschenke zu verteilen

Waldpolitik: Julia Klöckners Ablenkmanöver

Dass es den Waldbeständen in Deutschland schlecht geht, wurde in den letzten Jahren auch der breiten Öffentlichkeit bewusst. Die Hitze- und Dürreperioden waren prominente Themen in allen Medien. Berichte über Waldbrände und Bilder von großflächig abgestorbenen Fichtenplantagen sorgten für ungewohnte Beachtung.

Auch die bezifferten Schäden klingen beeindruckend. Ob es nun 285.000 Hektar beschädigte Waldflächen sind, 171 Millionen Kubikmeter Schadholz oder 80 Prozent aller Bäume mit sichtbar krankhaften Blattverlusten: Wir müssen etwas dagegen tun. Und es scheint so, als wären alle dabei: Waldeigentümer*innen und Forstleute wollen

Millionen junger Bäume pflanzen, und die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sorgt sich gemeinsam mit deren Interessenverbänden öffentlichkeitswirksam um die Zukunft der Wälder und verspricht Unterstützung mithilfe Hunderter Millionen Euro an Steuergeldern.

Das beinhaltet finanzielle Unterstützung für das große Aufräumen, als ob abgestorbene Bäume entsorgungspflichtiger Sondermüll wären. Es werden „klimastabile“ Wälder angelegt, obwohl niemand weiß, welche Baumarten das sein könnten und wann wir wieder ein stabiles Klima haben werden. Zusätzlich wird eine flächenbezogene, pauschale Bundeswaldprämie an

all jene ausgeschüttet, die einen Antrag stellen. Ganz gleich, ob ihr Wald zu den knapp drei Prozent geschädigter Waldflächen gehört oder nicht. Es ist auch egal, ob die Beschenkten das Geld auf vernünftige oder auf sinnlose Weise in ihren Wald investieren. Oder ob sie es für andere Dinge verwenden. Waldeigentümer*innen, die Totalverluste beklagen, erhalten somit viel zu wenig Geld, während andere sich über ein Geschenk freuen können.

Dabei sind die 1,5 Milliarden Steuergelder, die nach Angaben des BMEL für den Wald bereitgestellt werden, nicht einmal das große Problem. Zumindest wenn man die Summe mit den überaus großzügigen Geldern vergleicht, die

Luftfahrtunternehmen, Reisefirmen und andere Konzernen im Rahmen der Corona-Pandemie geschenkt wurden. Pro Hektar Waldfläche wären das etwa 130 Euro. Auch wenn die Gesamtsumme durch Einbeziehung von Fördermitteln, die ohnehin für den Wald eingeplant waren, pressewirksam aufgebläht wurde. Problematisch ist der lobbyfreundliche Aktionismus aus anderen Gründen.

1. Ministerin verschweigt die wichtigsten Ursachen der Waldschäden

Die Klimakrise eignet sich hervorragend dazu, andere Ursachen zu „vergessen“ und die Ministerin nutzt diese Chance gerne, indem sie beispielsweise in ihrer Rede zur Wahl des „Baum des Jahres 2020“ sagte: „Wir haben ein Problem. Es ist unser Wald selbst, der Prävention und Heilung braucht. Denn unserem Wald geht es nicht gut. Er leidet:

- An den Folgen der extremen Dürre- und Hitzeperioden,
- am massiven Borkenkäferbefall,
- und, weil Stürme und Waldbrände ihn dramatisch geschädigt haben“

Dabei geht es den Wäldern schon seit Jahrzehnten schlecht. Und die wichtigsten Ursachen verschweigt die Ministerin: Die Belastungen durch Luftschadstoffe, Pestizide und massiven flächendeckenden Eintrag von Stickstoff schädigten die Ökosysteme und machten sie anfälliger für zusätzliche Belastungen.

Man hatte sich irgendwie daran gewöhnt. Nicht zuletzt dank allerlei rhetorischer Kunstgriffe, denn seit der Veröffentlichung des ersten Berichtes 1984 rückten die Schadstoffe nach und nach an die letzte Stelle der Berichte und verschwanden fast gänzlich, während wahlweise Hitzewellen, Frostereignisse, Stürme oder Insektenvermehrung (allen voran der Borkenkäfer) als wichtigste Ursachen ganz vorne erwähnt wurden.

Sogar die verstärkte Fruchtbildung von Buchen und Eichen – eine natürliche Stressreaktion der Bäume – wurde als Ursache deklariert. Genauso könnte man einen blauen Fleck als Ursache

einer Prellung bezeichnen, oder behaupten, der Husten sei schuld an einer Erkältung.

Unter Stress stehen Wälder auch durch die stetig zunehmende Verstärkung des Holzeinschlags und des vermehrten Einsatzes von immer schwereren Maschinen, mit denen die Waldböden geschädigt oder zerstört werden. Die Waldbestände werden zu stark aufgelichtet, den Waldböden wird zu wenig Biomasse überlassen, die aber für das Bodenleben und Nährstoffversorgung wichtig wäre.

Und die klassische Forstwirtschaft hat selbst dafür gesorgt, dass mit dem massenhaften Anbau standortsfremder Baumarten wie Fichten oder Kiefern in riesigen Monokulturen auch vormals unauffällige Insektenarten wie der Borkenkäfer ihre Arbeit in immer größerer Zahl erledigen.

2. Alternativen zur teuren und größten-waldschädlichen Räumung und Aufforstung werden kaum finanziert

Viele Waldeigentümer*innen säubern die geschädigten Flächen komplett, verdichten die Böden und sorgen damit für ein Savannenklima, in dem gepflanzte Bäumchen nicht aufwachsen können. Wer viele geschädigte Bäume stehen oder liegen lässt und dadurch keine Kosten verursacht, geht leer aus. Der Verzicht auf mögliche Einnahmen aus dem Holzverkauf wird nicht belohnt. Dafür können diese Waldbesitzer*innen damit rechnen, dass die bereits vorhandenen Jungpflanzen im Schutz der toten Bäume und der Vegetation besser aufwachsen. Später können gegebenenfalls weitere Bäume hinzugepflanzt werden.

3. Die Behauptung, „klimastabile“ Wälder zu pflanzen, entbehrt jeder fachlichen Grundlage. Sie dient vor allem dazu, die Schadholzzräumung und Zaunbau zu finanzieren

Obwohl niemand weiß, welche Baumarten ein zukünftiges Klimageschehen überstehen können, wird munter drauflos gepflanzt. Sicher, Nichtstun ist auch nicht immer die beste Lösung, aber es fällt doch auf, dass besonders

häufig solche Baumarten gepflanzt werden, von denen man schnelles Wachstum und gute Holzpreise erwartet. Eine Abkehr von der Plantagenwirtschaft rückt in weite Ferne, denn es werden mitunter sogar wieder Fichten und Kiefernplantagen angelegt. Besser wäre es, die heimischen Baumarten zu bevorzugen, denn die Jungbäume können sich durchaus unter anderen Klimabedingungen anders entwickeln, wenn ihre genetischen Anlagen dies erlauben. Neue Baumarten sollten nur stellenweise und versuchsweise ausprobiert werden, so dass Korrekturen problemlos möglich sind.

4. Die Hauptursachen der Probleme werden erst gar nicht angegangen

Das größte Versagen derzeitiger Wald- und Förderpolitik ist es, dass selbst die offensichtlichsten Schadursachen nicht bekämpft werden. Waldeigentümer*innen und Forstleute scheinen sich mit etwas Geld zufriedenstellen zu lassen und vermeiden im Gegenzug die gebotene harte Kritik an den fehlenden Klimaschutzanstrengungen. Waldrodung für den Autobahnbau inklusive der dadurch geförderten Treibhausgasemissionen? Kein Problem für die Branche, denn es werde ja anderswo aufgeforstet. Rodung des Hambacher Forstes? Auch das wird lediglich als Verlust einer beliebigen, recht kleinen Waldfläche gewertet. Dass darunter Hunderte Millionen Tonnen Braunkohle lagern, deren Verbrennung sowohl Wirtschaftswälder als auch Waldschutzgebiete bedrohen und zerstören dürfte, ist unwichtig.

Fazit: Eine wirklich sinnvolle, waldfreundliche Forstpolitik wird nicht verfolgt. Bundesministerin Julia Klöckner beschränkt sich darauf, Steuergelder und warme Worte zu verteilen, um einer konservativen Klientel zu gefallen und mächtige Wirtschaftsbesitzer zu bedienen. Für die Wälder, für den Klimaschutz, für eine lebenswerte Zukunft und auch für die Forst- und Holzwirtschaft eine fatale Strategie.

László Maráz,
Koordinator Plattform Wald, Forum
Umwelt & Entwicklung, Berlin



Foto: R. Buryn

Wie ein Versuch im Schwarzwald zeigt, wäre es für die Natur und den Wald am besten, die abgestorbenen Bäume einfach auf der Fläche stehen zu lassen

Fichtensterben: Chance für die ökologische Waldwende!

In den letzten drei Trockenjahren starben bundesweit großflächig Fichtenforste: Hitze, Trockenheit und der Borkenkäfer haben die naturfernen Bestände geschwächt und absterben lassen. Diese Entwicklung sollte nicht als Katastrophe, sondern als Chance für die ökologische Waldwende wahrgenommen werden!

Die gängige Praxis der Forstbranche von Kahlschlag und Neuaufforstung lässt mittelfristig wichtige Waldfunktionen verloren gehen. Die gefälltten Stämme liegen teils noch immer aufgestapelt im Wald, weil der Markt gesättigt ist.

Im April und März begann die Brut- und Setzzeit. Insekten, Vögel und kleine Säugetiere besiedelten die verbliebenen Holzstapel, auch Polter genannt. So sind wertvolle Lebensräume entstanden. Das Behandeln der Polter mit Insektiziden und ihre Abholung im Sommer nimmt den Tieren, darunter auch vielen geschützten Arten, diese neuen Nischen. Das wäre ein weiteres

ökologisches Desaster, das der vom Menschen verursachte Klimawandel mit seinen Dürresommern angerichtet hat. Lasst das Fichtentotholz im Wald stehen!

Die konventionelle Kahlschlagsstrategie muss beendet werden. Die naturfernen Fichtenforste in den Tieflagen Deutschlands sind langfristig nicht zu halten. Sie wurden in riesigen Monokulturen dort gepflanzt, wo sie von Natur aus nicht wachsen würden. Ihr Absterben ist eine natürliche Reaktion auf den Klimawandel.

Totholz und durchgehender Waldbodenbewuchs begünstigen die Wiederverjüngung des Waldes. Sie schützen den Boden vor Kohlenstoff- und Nährstoffverlust und das Sickerwasser vor stark erhöhter Nitratauswaschung. Mittelfristig werden totholzbewohnende Arten, Waldrand- und Lichtwaldarten begünstigt – anstatt ihnen durch Kahlschlag die Lebensgrundlage zu nehmen. Wenn Fichtentotholz einfach stehenbliebe, wäre das gut für das

Waldklima und hätte händelbare Sicherheitsrisiken. Das zeigt ein Versuch im stark betroffenen Südschwarzwald. Hier wirkt sich das Stehenlassen des Fichtentotholzes finanziell und organisatorisch sogar positiv auf die Forstbetriebe aus. Es braucht nur einen Paradigmenwechsel!

Elisabeth Klingberg ist in der Waldfachgruppe von ROBIN WOOD aktiv

Mehr Infos und Links zum Thema auf unserer Homepage: www.robinwood.de/themen/wald

www.suedkurier.de/region/hochrhein/kreis-waldshut/so-stirbt-unser-wald-wie-klimawandel-und-schaedlinge-den-forst-zerstoeren-und-was-experten-jetzt-dagegen-unternehmen;art372586,10608429

Haben Sie schon einmal Tiere entdeckt, die sich in Holzpoltern gemütlich eingerichtet haben? Machen Sie doch bitte ein Foto und schicken es uns, z.B. an info@robinwood.de. So können wir gemeinsam die Artenvielfalt belegen.

Muna-Wald vor Center Parc retten

Das Freizeitunternehmen Center Parcs plant im mittelfränkischen Muna-Wald ein Freizeitresort zu bauen. Der starke Widerstand der Menschen vor Ort und die gravierenden Eingriffe in die Natur lassen Center Parcs unbeeindruckt.

Für den Bau des Freizeitparks am Brombachsee würde der Muna-Wald zerstört – ein ökologisch wichtiger, stabiler Mischwald und Heimat vieler, zum Teil seltener oder gefährdeter Pflanzen- und Tierarten. Was für eine Ironie! Ein perfektes, kostenloses Erholungsgebiet zu zerstören und es durch einen kostspieligen Freizeitpark zu ersetzen. Deshalb haben wir uns ein paar besonders absurde Aspekte des Vorhabens genau angeschaut.

Um Fledermaus-Flugrouten herum bauen?

Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung zeigen, dass der Muna-Wald eine wichtige Flugroute für Fledermäuse ist. 14 verschiedene Arten leben und jagen in und um den Wald. Center Parcs berichtet nun, dass sie die Anordnung der geplanten Gebäude so verändern werden, dass die Flugrouten der Fledermäuse berücksichtigt würden und die Fledermäuse so ungestört blieben. Durch den Bau des Frei-

zeitresorts werden allerdings nicht nur die Flugrouten der Fledermäuse, sondern auch ihre Jagdgebiete beeinträchtigt, wenn zum Beispiel Bäume gefällt werden. Zudem zeigen Untersuchungen, dass Fledermäuse nicht nur empfindlich auf Lebensraumzerschneidung, sondern auch auf Licht- und Schallverschmutzung reagieren. Die Population der Fledermäuse im Muna-Wald, darunter auch gefährdete und streng geschützte Arten, würde in den nächsten Jahren abnehmen, wenn der Center Parc gebaut wird.

Walderhalt durch Aufforstung?

Der Center Parc im Muna-Wald würde auf Kosten hunderter wertvoller Bäume und des Klimas gebaut werden. Diese Tatsache wird von den Investoren heruntergespielt, indem behauptet wird, dass der Verlust an Bäumen ja durch Aufforstung kompensiert würde.

Doch Abholzung intakter Wälder hat langfristige Auswirkungen, die nicht einfach durch das Anpflanzen neuer Bäume rückgängig gemacht werden können. Der Wald hat sich mit seinen alten Bäumen und seiner Humusaufgabe im Laufe der Jahre zu einer großen Kohlenstoffsänke entwickelt. Neu gepflanzte Bäume würden Jahrzehnte brauchen, um eine

Im Fränkischen Seenland soll der Muna-Wald für einen Freizeitpark zerstört werden



Archivbild: Bürgerinitiative Seenland-in-Bürgerhand



Gegen die Pläne des Investors, 800 Bungalows und 1800 Parkplätze im Muna-Wald zu bauen, regt sich Widerstand vor Ort

ähnliche Menge an Kohlenstoff zu binden. Der Muna-Wald ist zudem ein intaktes Ökosystem und ein Wildtierkorridor, der zwei Naturschutzgebiete miteinander verbindet. Center Parcs erwecken in ihrer Außendarstellung den Anschein, dass sie den Muna-Wald zu einer Naturoase beleben würden. Die Wahrheit ist, dass der Wald keine Neubelebung braucht. Er ist bereits eine Natur-Oase, in der viele Pflanzen und Tiere gedeihen, was auch dem Klima zugute kommt. Stattdessen muss er vor gierigen Investoren geschützt werden, die keinen Respekt vor der Natur haben.

Nachhaltige und klimaneutrale Energiebilanz?

Center Parcs wirbt damit, nachhaltig und CO₂-neutral zu wirtschaften. Allein schon die Waldabholzung für eine Freizeitanlage stellt diese Darstellung in Frage. Und so fragwürdig geht es weiter: In ihrem Energiekonzept erwähnt Center Parcs regionales Biogas und Biomasse aus Holz als Teil ihres zukunftsfähigen, klimaneutralen Energieplans.

Aber die Verbrennung von (Holz-)Biomasse ist weder klimaneutral noch nachhaltig. Die Option Biogas aus pflanzlichen Rohstoffen, oft Mais, zu nutzen, ist auch nicht besser fürs Klima. Die hohe Nachfrage nach diesem Rohstoff führt oft zu Landnutzungsänderungen und endlosen Maisplantagen, wo vorher andere Nahrungsmittel angepflanzt wurden.

Massentourismus als Segen?

Die geplanten ca. 800 Bungalows und 1800 Parkplätze des künftigen Center Parcs machen deutlich, mit welcher hohen Gästezahlen und Autoverkehr in Zukunft zu rechnen ist: Die geschätzte Zahl der Übernachtungen liegt bei einer Million pro Jahr. Derzeit wird das Fränkische Seenland von ca. fünf Millionen Tagestourist*innen pro Jahr besucht. Der größte Teil des wirtschaftlichen Nutzens ginge an Center Parcs, während die Anwohner*innen unter den Auswirkungen des Massentourismus zu leiden hätten.

Center Parcs gibt auf seiner Website an, dass eine kommerzielle Nutzung des Brombachsees nicht geplant sei und dieser für die Öffentlichkeit zugänglich bliebe. Allerdings ist es nur logisch, dass die Nutzung des Brombachsees sowie des Strandes vor allem in den Sommermonaten stark zunehmen würde. Eine passende Infrastruktur ist dafür nicht vorhanden und geplant.

Es liegt in unserer Verantwortung, Ökosysteme wie den Muna-Wald nicht nur für uns, sondern auch für die zukünftigen Generationen zu erhalten. Wir steuern mit massiver Geschwindigkeit auf die Kippunkte dieses Planeten zu, und auch ein global betrachtet kleines Projekt wie der Bau eines neuen Freizeitresorts durch Center Parcs trägt eine Mitverantwortung daran. Wir fordern daher einen sofortigen Stopp der Pläne zum Bau des Center Parcs am Brombachsee. Wir müssen unseren Planeten vor den Profit stellen.

Patricia Ngati, ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, Hamburg



Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 2,70 Porto in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)
 Nord-West Jubiläumsausgabe

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
 Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya F. Robin Wood 25.10.19

jetzt NEU:
greenya NordWest
FÜR NRW, Bremen &
Niedersachsen



Foto: SPOK/Karelien

Kahlschlag in Karelien für unser Papier

Verpatzt! Massensendungen in der Corona-Krise aus Primärfaserpapier

Behörden sollten konsequent Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ verwenden – aktuell für alle Massenaussendungen während der Corona-Pandemie. Ein entsprechendes Vorgehen forderten ROBIN WOOD, das Forum Ökologie & Papier und der BUND Naturschutz Anfang März 2021 von der Bundesregierung.

Die Bundesregierung ließ kürzlich an alle Bürger*innen über 60 Jahre in Deutschland Briefe mit Gutscheinen für FFP2-Masken versenden. Stichproben von ROBIN WOOD in mehreren Bundesländern ergaben, dass diese Briefe nicht aus Recyclingpapier bestanden. 24 Millionen Menschen in Deutschland sind über 60 Jahre alt und erhielten einen Brief. Allein für diese 24 Millionen A4-Blätter sowie die

Briefumschläge hätten bei der Verwendung von Recyclingpapier 440 Tonnen Holz sowie große Mengen an Energie und Wasser eingespart werden können.

Deutschland liegt mit über 240 Kilogramm weltweit hinter Belgien und Luxemburg an der Spitze der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Papier. Über achtzig Prozent des Holzes, das wir in Deutschland für Papier verbrauchen, stammt aus allen Teilen der Welt. Für die Herstellung von Primärfaserpapier werden noch immer Wälder zerstört. Menschen und Tiere verlieren ihre Lebensräume, und die Verschmutzung durch Abwasser sowie Pestizideinsatz in Baumplantagen ist groß. Die Folgen der Waldzerstörung und Klimabelastung sind extreme Wetterereignisse und Krankheitsausbrüche. Im Dezember 2020 hatten RO-

BIN WOOD, Forum Ökologie & Papier und BUND Naturschutz in Bayern die Bundesministerien für Gesundheit, für Umwelt und für Arbeit sowie die Krankenkassenverbände mit der Bitte angeschrieben, für Covid-19-Massensendungen ausschließlich Recyclingpapier aus 100 Prozent Altpapier zu verwenden.

Mit der Fortsetzung der Impfkampagnen werden weitere Briefe an Millionen Empfänger*innen verschickt. ROBIN WOOD hat die Bundeskanzlerin im April aufgefordert mitzuteilen, welche Maßnahmen die Regierung ergreift, damit in Zukunft verbindlich Papier mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ eingesetzt wird.

Angelika Krumm, ROBIN WOOD-Papierexpertin, Schwedt/Oder

KEIN WALD INS KRAFTWERK!

Aufkleber zur Kampagne: „Kein Wald ins Kraftwerk und Energiewende“ nicht verfeuern können Sie unter info@robinwood.de bestellen

Wälder und Savannen nicht verfeuern!

„Holzbiomasse“: Wo Bio draufsteht, muss auch Bio drin sein? Weit gefehlt! Was so gut klingt, ist einer der größten Fehler, den die EU-Staaten zum Erreichen ihrer Klimaziele als Trend etablieren: Kohlekraftwerke sollen auf Holzverbrennung umgerüstet werden.

Doch um Holz zu verbrennen, muss man erst einmal welches haben. Alleine im Kraftwerk Wilhelmshaven sollen pro Jahr 2,9 Millionen Tonnen Pellets verbrannt werden. Und das, obwohl Deutschland pro Jahr nur insgesamt drei Millionen Tonnen Pellets produziert. Das Holz muss also importiert werden. Zu einem großen Teil stammt es aus einem einzigartigen Biodiversitäts-Hotspot im Südosten Amerikas und aus geschützten Wäldern des Baltikums.

Aber nachhaltig ist die Holzbiomasse-Verbrennung doch? Leider nein. Sie emittiert in der EU mehr als 350 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr! Und ein jahrhundertlang gewachsenes Waldökosystem, das mit seinen alten Bäumen und einer mehrere Meter dicken Humusschicht als wichtige CO₂-Senke fungiert, kann auch nicht auf die Schnelle nachgepflanzt werden. Die vielen anderen Ökosystemfunktionen alter Wälder werden in dieser

Rechnung nicht einmal veranschlagt. Wälder haben einen kühlenden Effekt auf ganze Regionen, sind ein wichtiger genetischer Pool, Erholungsraum, Luft- und Wasserfilter und vieles mehr.

Einige Kraftwerke in Deutschland könnten gar auf die Verbrennung namibischer Büsche umgerüstet werden. Neben dem ökologischen Desaster ist dieses von der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) vorangetriebene Vorhaben von Grund auf neokolonial und würde die sozialen Ungleichheiten in Namibia verschärfen.

Vor kurzem warnte ein Wissenschaftsteam der EU-Kommission vor der Nutzung von Holzbiomasse. Erstens stellen von den 24 untersuchten Bioenergie-Szenarien 23 ein Risiko für das Klima, die Biodiversität oder für beides dar. Zweitens enthielten die meisten nationalen Energie- und Klimapläne der EU-Mitgliedsstaaten keine angemessene Bewertung, wie sich eine Ausweitung der Holzeinschläge auf Kohlenstoffsinken, Biodiversität, Wasser und Luftverschmutzung auswirken könnten. Drittens sei die gemeldete Nutzung von Holzbiomasse höher als die gemeldeten Holzquellen, was darauf hindeute, dass bis zu 20

Prozent des in der EU verbrannten Holzes aus unbekanntenen Quellen stammt.

Die Niederlande steigen aus

Überraschendes hat sich inzwischen in den Niederlanden zugetragen. Die niederländische Parlamentskammer beschloss am 25. Februar dieses Jahres, dass keine Subventionen für das Verfeuern von Holz zur Energiegewinnung mehr genehmigt werden dürfen, bis ein Ausstiegsplan aus der Holzverbrennung in Kraftwerken vorliegt.

Die Niederlande planen also den Ausstieg, bevor Deutschland überhaupt eingestiegen ist. Diese Entscheidung hat hoffentlich auch auf Deutschland Signalwirkung.

Die EU verhandelt weiter an ihrer Revision der Renewable Energy Directive zum Thema Holzbiomasse. Gleichzeitig bastelt die Bundesregierung daran, wie sie die Kraftwerksbetreibenden für diese unrentable, umweltschädliche und unsoziale Art der Energiegewinnung subventionieren kann.

ROBIN WOOD beobachtet sehr genau die weiteren Entwicklungen in Deutschland und in Europa: Was planen die Regierungen, Unternehmen und Kraftwerkstreiber? Wie viele Megawattstunden sollen über Holzbiomasse produziert wer-

den? Wie viele Tonnen Pellets würden verbrannt? Wie viel Fläche Wald wäre das? Woher kommt der Rohstoff?

Die internationale Klima- und Umweltschutzszene ist alarmiert. Am Tag des Waldes 2021 schickte ROBIN WOOD gemeinsam mit 24 NGOs und 44 indigenen Gemeinschaften einem offenen Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans.

Darin forderten wir die geplante Nutzung von Waldbiomasse aus der EU-Richtlinie REDII zu entfernen. Die Verantwortlichen müssen eine Politik etablieren, die Kohlenstoff im Boden hält und die Wälder der EU schützt.

In den letzten Monaten sind wir besonders gegen Pläne aktiv geworden, das Kraftwerk Tiefstack in Hamburg auf die Verbrennung namibischer Büsche umzurüsten. Hier ging ein offener Brief von uns mit 39 deutschen und internationalen umwelt-, entwicklungs- und stadtpolitischen Organisationen, Akteur*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung und Wissenschaftler*innen an Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. In seinem Auftrag führt die GIZ das Projekt „Nutzung von Busch-Biomasse“ in Namibia durch. Wir forderten den Minister auf, das Projekt grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und auch dem Hamburger Senat gegenüber zu zeigen, dass wir die Umrüstung des Kraftwerks in Tiefstack nicht hinnehmen werden, besuchten Aktive von ROBIN WOOD und Ende Gelände das Kraftwerk mit großen Bannern und Rauch (siehe auch Seite 6 dieser Ausgabe).

Inzwischen hat das BMZ von Minister Müller geantwortet. Die Antwort fällt sehr mager und ausweichend aus. ROBIN WOOD hat öffentlich darauf reagiert und fordert vom BMZ gemeinsam mit DUH, Rettet den Regenwald, Biofuelwatch und anderen Verbündeten dringend Nachbesserungen. Ihr findet dies alles auf unserer Kampagnenwebsite „Wälder und Savannen nicht

verfeuern!“ ROBIN WOOD wird auf Bundesebene und auch auf lokaler Ebene nachlegen, um unserer Kritik Ausdruck zu verleihen. Seid gespannt!

Noch können wir die Pläne stoppen!

Die großen Pelletkonzerne Enviva und GranulInvest stehen bereit und signalisieren: Deutschland ist der nächste große Markt. Doch wir lassen uns nicht verunsichern: Noch ist der Eine-Milliarde-Fördertopf der Regierung zur Umrüstung von Kraftwerken auf Holzbiomasse nicht fertig gekocht. Wenn wir jetzt Druck machen, haben wir die Chance, dass die Pläne nie umgesetzt werden.

Wir wollen die Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Holzbiomasse mit Ihnen gemeinsam kippen, allen voran das Projekt zur Buschholzverbrennung im Kraftwerk Tiefstack. Wir brauchen eine sozial gerechte, klima- und artenverträgliche Energie- und Wärmewende. Das heißt, wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung aus nachweislich erneuerbaren Energien, die ohne den Import von Ressourcen aus dem globalen Süden auskommt. Dazu gehören Solar- und Windkraft, aber auch Erd-, Wasser- und Luftwärmepumpen. Und auch die entschlossene Förderung von Energieeffizienz sowie Maßnahmen zur Energiereduktion sind gefragt.



Machen Sie mit und unterschreiben Sie unsere **Petition** an die Betreibenden der Großkraftwerke und die zuständigen Umweltbehörden! Unterstützt von Peter Wohlleben möchten ROBIN WOOD und die Deutsche Umwelthilfe die Verbrennung von Holzbiomasse in umgebauten Kohlekraftwerken verhindern. Genau das soll jetzt zum Beispiel in Wilhelmshaven und Hamburg geschehen! Stoppen wir die Pläne für Holzverbrennung in Kohlekraftwerken in Deutschland!
<https://tinyurl.com/yxy94j8e>
 Herzlichen Dank!

Wir bleiben dran, informieren Sie und machen weiter Druck. Mit Ihrer Unterstützung heizen wir den Befürwortenden des Projekts ein!

Jana Ballenthien, Waldreferentin-ROBIN WOOD

Informieren Sie sich auf unserer Kampagnenwebsite: www.robinwood.de/waelder-und-savannen-nicht-verfeuern



28. Februar 2021: Protest vor dem Großkraftwerk Tiefstack in Hamburg. Hier soll Buschholz aus Namibia verbrannt werden



© By Vision2030 - Own work, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=61688950>

In Namibia sollen in großem Stil die Savannen entbuscht und in deutschen Kraftwerken verbrannt werden

Büschle aus der Savanne

Deutsche Klimafinanzierung unterstützt umstrittenes Projekt zur Herstellung von Biomasse für deutsche Energieversorger

Seit 2013 finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Namibia ein Projekt, mit dem die Verbuschung, d.h. die Überwucherung von offenen Grassteppen mit Büschen und Bäumen, eingedämmt werden soll. Gleichzeitig sollen dem Land Wege zu einer bestmöglichen Verwertung des beseitigten Holzes aufgezeigt werden. Seit 2019 richtet die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), unter deren Leitung das Projekt durchgeführt wird, ihren Fokus jedoch verstärkt auf den Aufbau einer neuen großen Lieferkette für Holzschnitzel oder Holzpellets für den Export nach Europa, vor allem nach Deutschland.

Die Bundesregierung hat dieses Projekt als deutsche Klimafinanzierung ausge-

wiesen: Daher werden die für das Projekt bewilligten Mittel auf die deutsche Verpflichtung unter der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) angerechnet, Entwicklungsländern bei Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu unterstützen. Sind die Mittel aus der deutschen Klimafinanzierung bei diesem Projekt tatsächlich gut angelegt?

Kritik an den geplanten Exporten nach Deutschland

Nach einem von der GIZ finanzierten Besuch einer namibischen Delegation auf einer deutschen Energiekonferenz zum Thema Biomasse im Jahr 2019 wurde ein konkreter Vorschlag für eine „Transkontinentale Biomassepartnerschaft Namibia-Hamburg“ ausgearbei-

tet. Das von der GIZ und dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) an der Universität Trier vorgeschlagene Vorhaben wird derzeit im Auftrag des Hamburger Senats begutachtet.

Im Oktober 2020 protestierten 19 vor allem deutsche Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Initiativen zusammen mit der Umweltorganisation Earthlife Namibia in einer öffentlichen Stellungnahme gegen den Import von namibischem Buschholz für die Nutzung in Hamburger Kraft- und Heizkraftwerken. Im Februar 2021 schickten 40 Organisationen, die sich für Umwelt, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit einsetzen, einen offenen Brief an Dr. Gerd Müller, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung, in dem sie ihn auffordern, das Projekt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Unabhängig davon sprach sich auch die namibische zivilgesellschaftliche Organisation Economic & Social Justice Trust in einer Stellungnahme entschieden gegen den Export großer Mengen Biomasse aus Namibia nach Deutschland aus. Ein aktueller Bericht von Biofuelwatch gibt einen Überblick über die weitergehende Debatte rund um die Nutzung des Buschholzes sowie die Rolle der GIZ dabei.

Klimatische und ökologische Folgen des Entbuschens

Die Verbuschung in Namibia, die eine Fläche von über 30 Mio. Hektar betrifft, ist Teil einer weit größeren Entwicklung, die als „Ergrünung weltweiter Trockengebiete“ bezeichnet wird und auf allen Kontinenten außer der Antarktis zu beobachten ist. In einigen Regionen, wie beispielsweise in Südafrika, breiten sich invasive, nichtheimische Baum- und Buscharten, die ihren Ursprung häufig in industriell angelegten Baumplantagen haben, über das Weideland aus. Das führt zu einem Verlust an Artenvielfalt, zur Verknappung von Frischwasser und einer Verschlechterung der Existenzgrundlagen der Bevölkerung.

In Namibia und vielen anderen Regionen sind es jedoch heimische Arten, die für die Verbuschung verantwortlich sind. Es tragen viele verschiedene Faktoren dazu bei, darunter auch eine Überweidung durch zu viel Vieh. Analysen aus aller Welt weisen jedoch generell auf einen Aspekt hin: Sofern die Regenmenge ausreicht, um das Wachstum der Bäume und Büsche zu unterstützen, begünstigt ein steigender CO₂-Ausstoß Gehölzvegetationen gegenüber Gräsern. Eine Verbuschung erhöht die Kohlenstoffbindung in der Vegetation und meistens auch im Boden ganz erheblich, d. h. sie schwächt den Klimawandel ab.

Zwei fragwürdige Studien

Die strategische Umweltfolgenabschätzung für das breit angelegte Entbuschungsprojekt bestätigt diese Tatsache. Daraufhin gab die GIZ jedoch eine weitere Studie bei der UNIQUE GmbH in

Auftrag. In dieser neueren Studie wird behauptet, dass eine großflächige Beseitigung des Buschholzes bei richtiger Durchführung nachgewiesenermaßen zu einer größeren Kohlenstoffbindung im Boden führen könnte. Und zwar in einem Maße, das den Verlust an Kohlenstoffbindung aufgrund der Beseitigung der Gehölzvegetation mehr als ausgleichen würde. Eine eigene Analyse der Fachliteratur durch Biofuelwatch zeigt jedoch, dass die Studie extrem fehlerhaft ist und zurückgezogen werden sollte.

Das IfaS, das sich auch sehr für das deutsch-namibische Biomasse-Projekt einsetzt, erstellte kürzlich einen „Strategieplan“ für eine großangelegte Entbuschung in Namibia, um Energieunternehmen in Deutschland und möglicherweise auch in anderen Ländern Europas mit Biomasse zu versorgen. Die IfaS-Studie akzeptiert unkritisch den Bericht und die Feststellungen von UNIQUE. Sie betont darüber hinaus die möglichen wirtschaftlichen Vorteile des Projekts für Deutschland. Wobei von einem Win-Win-Szenario für beide Länder die Rede ist, statt sich ausschließlich auf den möglichen Nutzen innerhalb Namibias zu konzentrieren.

Wer würde von dem Projekt profitieren?

Was von den Befürwortenden der Buschholz-Exporte nicht beantwortet wird, ist die Frage, wer in Namibia von diesem Projekt profitieren würde. Eine Verbuschung reduziert die Menge an Vieh, meist Rinder, die auf einem Stück Land weiden kann. Das ist ein Problem für diejenigen, die Viehzucht im großen Stil betreiben.

Das Eigentum an Grund und Boden ist dem namibischen Statistischen Amt zufolge sehr ungleich verteilt: 70,1 Prozent des bewirtschafteten Farmlandes gehört Mitgliedern der weißen Minderheit, die nur sechs Prozent der Bevölkerung ausmacht. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt auf kleineren Parzellen, die als „Kommunalgut“ gelten und die meist im kleinen Rahmen als Weideland und daneben für den Anbau von Ackerfrüchten und Gemüse genutzt werden. Es besteht

die ernsthafte Gefahr, dass das Projekt überwiegend oder ausschließlich den größeren landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommen könnte und damit die bestehenden Ungleichheiten verstärken würde.

Zudem war Namibia in den letzten Jahren Nettoimporteur von Holz und Holzprodukten. Das Land könnte einen größeren wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen, das Buschholz für den Bedarf im eigenen Land zu verwerten.

Projekte mit den Menschen vor Ort entwickeln

Biofuelwatch ist der Auffassung, dass das vom BMZ finanzierte Projekt „Nutzung von Busch-Biomasse“ in Namibia bis zu einer vollständigen Klärung aller vorgebrachten Bedenken mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und die von der UNIQUE GmbH und dem IfaS erstellten Berichte zurückgezogen werden sollten. Darüber hinaus sollten das BMZ und die GIZ überdenken, ob sie der UNIQUE GmbH weitere Beratungsaufträge erteilen wollen. Eine Entbuschung kann nicht als Maßnahme zur Eindämmung des Klimawandels erachtet oder als solche behandelt werden, weil sie bei großflächiger Durchführung die Kohlenstoffbindung erheblich reduziert.

Es mag in manchen Fällen sinnvoll sein, dass die Bundesregierung Klimaanpassungsprojekte finanziert, die auch in einem gewissen Umfang Buschdünnung beinhalten. Allerdings müssen derartige Projekte in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung vor Ort entwickelt werden, insbesondere mit den marginalisierten und gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

Almuth Ernsting, Biofuelwatch

Weiterlesen: Die ungekürzte Fassung dieses Beitrags finden Sie unter www.deutschemklimafinanzierung.de/log/2021/03/deutsche-klimafinanzierung-unterstuetzt-projekt-zur-herstellung-von-biomasse-fuer-deutsche-energieversorger

Der vollständige Bericht von Biofuelwatch ist hier zugänglich www.biofuelwatch.org.uk/2021/bcbu-namibia-report



Um Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Sklaverei, schlechten Arbeitsschutz, Hungerlöhne, Diskriminierung und das Zerstören von Lebensgrundlagen in ihren Lieferketten zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir endlich ein wirksames Lieferkettengesetz. Beispiel Kautschuk: In der Kautschuklieferkette sind gerade die Menschen von Umweltzerstörung, Landbesitzkonflikten und Menschenrechtsverletzung betroffen, die in den Anbauländern leben: Plantagenarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen.

Foto: Fenna Otten



Foto: Micha Deutschlade

Am 22. April 2021 forderte die Initiative Lieferkettengesetz während der 1. Lesung im Bundestag Nachbesserungen: „Menschenrechte und Umweltschutz – kriegt es endlich auf die (gesamte Liefer-)Kette!“

Kriegt es endlich auf die Liefer-Kette!

Ein Lieferkettengesetz, das gar kein Lieferkettengesetz ist

Die Minister Heil, Müller und Altmaier haben in einer Pressekonferenz am 12. Februar 2021 verkündet, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz verabschiedet werden soll, voraussichtlich Ende Juni. „Das beste weit und breit!“, so Hubertus Heil – vielleicht aber auch nur besser als gar keins.

Noch am Tag der Pressekonferenz legten sie den entsprechenden Gesetzentwurf vor. Nach zähen Diskussionen und zahlreichen Verzögerungen haben sich die drei Minister endlich geeinigt – Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller hatten bereits vor einem Jahr Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz vorgelegt.

Am 3. März beschloss dann das Bundeskabinett den Entwurf des „Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten“, nun läuft die parlamentarische Debatte. Nach der 1. Lesung im Bundestag, am 22. April, wurde der Gesetzentwurf in verschiedenen Ausschüssen diskutiert, maßgeblich im Ausschuss Arbeit und Soziales. Nach Verbändeanhörungen sollen etwaige Änderungen eingearbeitet werden, am 20./21. Mai folgen dann die 2. und 3. Lesung.

Was steht im Kabinettsvorschlag?

Das Lieferkettengesetz soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten und gilt dann für Unternehmen, die ihren Hauptsitz in

Deutschland haben und mehr als 3.000 Mitarbeiter*innen beschäftigen. Zeitarbeiter*innen werden mitgezählt, im Ausland angestellte Mitarbeiter*innen aber nicht. Ein Jahr später gilt das Gesetz dann auch für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter*innen.

Für Unternehmen, die zwar in Deutschland geschäftstätig sind, ihren Hauptsitz aber im Ausland haben, ist das deutsche Lieferkettengesetz also irrelevant, beispielsweise Hennes & Mauritz (Schweden) oder Primark (Großbritannien). Die Initiative Lieferkettengesetz hat gefordert, dass Sorgfaltspflichten an die Geschäftstätigkeit gebunden ist – auch das ursprüngliche Eckpunktepapier von Müller und Heil hatte dies vorgesehen.

Unternehmen müssen entlang ihrer Lieferketten auf die Einhaltung der Menschenrechte achten: Sie müssen jährliche Risikoanalysen vorlegen, sich um Prävention bemühen, Abhilfe schaffen und sich transparent zur Kontrolle ihrer Lieferketten äußern.

Der Witz daran ist, dass sich diese Sorgfaltspflicht nur auf die direkten Zulieferer bezieht, nicht bis an den Beginn der Lieferkette reicht. Damit ist das Lieferkettengesetz im Prinzip gar kein Lieferkettengesetz und bleibt hinter den Leitprinzipien der Vereinten Nationen zurück. Es entlässt gerade Unternehmen der Agrarindustrie und Rohstoffgewinnung aus der Verantwortung. Denn die meisten Menschenrechtsverletzungen finden am Beginn der Lieferkette statt, auf Kautschuk- und Palmölplantagen, in Bergbau- und Textilfabriken.

Bei den indirekten Zulieferern muss ein Unternehmen erst bei „substanziierter Kenntnis“ von Menschenrechtsverletzungen aktiv werden – wenn es bereits zu spät ist! Absurd, wenn man bedenkt, dass ein Gesetz präventiv wirken soll, Umwelt und Menschenrechte von vornherein schützen soll. Das ist eine Abkehr vom präventiven Ansatz der UN-Leitprinzipien.

Eine Behörde (BAFA) soll prüfen, ob die Unternehmen ihren Verpflichtungen nachkommen. Tun sie das

nicht, können sie mit Bußgeldern und einem Ausschluss von der öffentlichen Beschaffung bestraft werden. Diese behördliche Durchsetzung ist ein guter Punkt, damit geht das Gesetz über ein simples Berichtspflichtengesetz hinaus, bei dem gar keine Sanktionen drohten.

Was aber fehlt ist eine zivilrechtliche Haftungsregelung. Das bedeutet, dass Betroffene deutsche Unternehmen nicht direkt verklagen können. Deutsche NGOs und Gewerkschaften können zwar stellvertretend für die Betroffenen und nach ausländischem Recht klagen (Prozessstandschaft; die Befugnis der Prozessführung eines Dritten). Das ist aber kompliziert, mit rechtlichen Unsicherheiten verbunden und kann sehr lange dauern.

Eine weitere Einschränkung: Die Prozessstandschaft ist begrenzt auf „Gefahr für Leib und Leben“. Das heißt, dass Betroffene nur dann klagen können, wenn Angehörige gestorben sind, sie selbst verletzt wurden oder ihr Eigentum beschädigt oder zerstört wurde. Menschenrechtsverletzungen wie die Ausbeutung durch schlechte Löhne können nicht geltend gemacht werden.

Einer stand auf der Bremse!

Der aktuelle Gesetzesentwurf ist weit entfernt von den Eckpunkten für ein Lieferkettengesetz, die Arbeitsmini-

ster Heil und Entwicklungsminister Müller im März 2020 vorgelegt hatten – und noch viel weiter entfernt von den Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz. Das Wirtschaftsministerium stand auf der Bremse und hat sich für die Interessen der Wirtschaftsverbände stark gemacht. Altmaier war es wichtiger, dass für deutsche Unternehmen kein Wettbewerbsnachteil entstünde und die deutsche Wirtschaft am Ende stärker, nicht geschwächt wäre. Die Covid-19-Pandemie brächte zusätzliche Herausforderungen mit sich.

Dass Peter Altmaier deutsche Unternehmen vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb schützen will, während ihre Gewinne mit der Ausbeutung von Arbeitskräften und zulasten der Umwelt gemacht werden, ist zynisch. Dass er ausblendet, dass die gesamte Weltwirtschaft mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen hat, ist extrem unsolidarisch und geht am Kern des neuen Gesetzes vorbei.

Dabei setzt sich auch ein Teil der Privatwirtschaft für ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz ein. Anlässlich der 1. Lesung forderten 50 Unternehmen eine Stärkung des Gesetzesentwurfes im anstehenden parlamentarischen Verfahren. Das Gesetz müsse sich an bestehenden internationalen UN- und OECD-Standards orientieren, faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, und die Rechte von Betroffenen stärken.



WEITERHIN VOM AUSSTERBEN BEDROHT: UMWELTSCHUTZ.

Ein schwaches Lieferkettengesetz reicht nicht aus!

Die Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz

Die Initiative Lieferkettengesetz fordert dringende Nachbesserungen: Wir brauchen vollumfängliche Sorgfaltspflichten, die nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer gelten.

Außerdem muss der Geltungsbereich auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden ausgeweitet werden, sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken. Drittens fordert die Initiative eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel im Lieferkettengesetz, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben.

Und bisher vollkommen unbeachtet: Wir brauchen eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten. Die Zerstörung von Natur und Umwelt ist nicht nur dann ein Verbrechen, wenn dadurch Menschenrechte verletzt werden!

Derweil in Brüssel

Nur eine Woche nach dem Kabinettsbeschluss in Deutschland sprach sich das EU-Parlament für ein Lieferkettengesetz aus – und es ist sehr viel ambitionierter als der deutsche Gesetzentwurf. Das EU-Gesetz soll nicht nur die Menschenrechte, sondern auch das Klima und die Artenvielfalt schützen. Außerdem enthält es eine neue Klagemöglichkeit für Betroffene.

Die Parlamentarier*innen in Brüssel stimmten für den sogenannte „Legislativbericht über menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen“, nachdem sich der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments bereits Ende Januar für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen hatte. Laut Legislativbericht sollen auch kleinere und mittlere börsennotierte Unternehmen unter das Gesetz fallen, außerdem solche aus Hochrisikobranchen wie der Textilindustrie. Es soll zudem

nicht auf den Hauptsitz, sondern auf die Geschäftstätigkeit innerhalb der EU ankommen, sodass Firmen erfasst würden, die ihren Hauptsitz außerhalb der EU haben.

Jetzt ist die EU-Kommission an der Reihe, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. EU-Justizkommissar Reynders scheint tatsächlich durchgreifende, effektive Regelungen anzustre-

ben. Im Juni 2021 wird mit einem Gesetzentwurf gerechnet.

Deutschland muss also nachbessern. Nicht nur, weil der deutsche Gesetzentwurf viel zu schwach ist, sondern auch, weil die Regelungen der EU für alle Mitgliedsstaaten verbindlich gelten werden.

Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin

Die Kautschukindustrie

Die Wirtschaft reagierte anfänglich zwar erleichtert auf den im Februar vorgelegten Gesetzentwurf. Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), begrüßte beispielsweise den Verzicht auf eine zivilrechtliche Haftung. Damit vermeide die Bundesregierung „einen Konstruktionsfehler“ im Lieferkettengesetz.

Mittlerweile fordern viele Wirtschaftsverbände allerdings die Überarbeitung, so auch der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk): „Der jetzt vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten schießt über das Ziel hinaus und muss aus Sicht der deutschen Kautschukindustrie in mehreren Punkten überarbeitet werden“.

Der wdk fordert beispielsweise, dass tatsächlich nur die unmittelbaren Zulieferer der Sorgfaltspflicht unterliegen, nicht die mittelbaren – dabei sind in der Kautschuklieferkette gerade die Menschen von Umweltzerstörung, Landbesitzkonflikten und Menschenrechtsverletzung betroffen, die in den Anbauländern leben: Plantagenarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen.

Das Problem Naturkautschuk

Gummistiefel, Wärmflaschen, Gartenhandschuhe, Dichtungsringe, Matratzen, Fahrradreifen – überall steckt Naturkautschuk drin. Der milchige, klebrige Saft fließt in der Rinde des Kautschukbaums, *Hevea Brasiliensis*.

Hauptanbauländer sind Indonesien und Thailand, sie produzieren mehr als die Hälfte der globalen Ernte.

Kautschuk wird ähnlich wie Ölpalmen weitestgehend in Monokultur angebaut. Innerhalb von nur 10 Jahren hat sich die Anbaufläche weltweit verdoppelt, sie ist mittlerweile etwa so groß wie Deutschland.

Die wachsende Nachfrage nach Naturkautschuk bedroht deshalb in zunehmendem Maße tropische Waldökosysteme und Artenvielfalt. Landrechtskonflikte und Arbeitsrechtsverletzungen häufen sich.



Foto: CIFOR 2013



Foto: PantherMedia

Für eine sichere Landung: Flieger stoppen statt Klima schrotten!

Die globale Corona-Pandemie hält uns noch immer in Atem – und zwingt auch den Flugverkehr weiterhin zu einer Pause. Während sich viele Staaten das Ziel gesetzt haben, ihre Emissionen bis zum Jahr 2050 drastisch zu reduzieren, stiegen die CO₂-Emissionen im Flugverkehrssektor vor der Pandemie jährlich um 5,7 Prozent. Obwohl die Flugindustrie die Klimaziele nicht nur verfehlt sondern regelrecht torpediert, wird diese seit Beginn der Pandemie von der deutschen Regierung kräftig unterstützt, um durch die Krise zu kommen. Bereits im April 2020 wurden der Lufthansa staatliche Hilfen in Höhe von neun Milliarden Euro gewährt. Dagegen regte sich breiter Protest. Auch ROBIN WOOD protestierte gemeinsam mit dem Netzwerk Stay Grounded mit einem Offenen Brief #SavePeopleNotPlanes, den über 72.000 Menschen unterzeichnet hatten, gegen die Staatshilfen für eine besonders klimaschädliche Industrie.

Mehr als ein Jahr nach Beginn der Coronapandemie werden weiterhin staatliche Finanzhilfen für die Flugindustrie ausgeschüttet. Zwölf Flughäfen, u.a. Bremen, Dresden, Düsseldorf,

Erfurt, Hannover, Leipzig, Münster/Osnabrück, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart, erhalten dieses Jahr einmalige Direktzuschüsse in Höhe von 400 Millionen Euro, jeweils zur Hälfte getragen von Bund und Ländern. Die drei Flughäfen, an denen der Bund direkt beteiligt ist (Berlin-Brandenburg, Köln/Bonn und München), sollen 400 Millionen Euro erhalten. Weitere 20 Millionen Euro fließen in kleinere Regionalflughäfen. Dabei wurden die staatlichen Hilfen in Deutschland noch nicht einmal an sozial-ökologische Kriterien geknüpft. In Frankreich hingegen stimmte die Nationalversammlung vor wenigen Wochen für ein Verbot von Inlandsflügen, sofern das Reiseziel mit dem Zug innerhalb von 2,5 Stunden erreichbar ist. Eine solche strengere politische Regulierung war in Frankreich Bedingung für Staatshilfen an die Flugindustrie.

Ein Argument, das hierzulande immer wieder für die Rettungspakete angeführt wird, ist die Rettung von Arbeitsplätzen in der Flugindustrie. Doch diese vermeintliche Rettung von Arbeitsplätzen ist zu kurzfristig gedacht, denn die Klimakrise wird uns im Vergleich zur

Coronakrise vor noch größere politische Herausforderungen stellen und nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch unsere Lebensgrundlagen gefährden. Es wäre also wesentlich nachhaltiger und zukunftsträglicher, Steuergelder lieber direkt in klimafreundlichere Arbeitsplätze, Umschulungen und die direkte finanzielle Unterstützung der betroffenen Beschäftigten fließen zu lassen, statt eine klimaschädliche Industrie, die keine Zukunft hat, künstlich am Leben zu halten.

Selbst die Flugindustrie geht davon aus, dass sie auch die nächsten drei bis fünf Jahre mit verringerter Kapazität arbeiten wird – trotz der bisher schon gezahlten (und vielleicht weiteren) Milliarden Steuergelder für Fluglinien, Flughäfen und Flugzeughersteller. Diese Milliardenpakete für Lufthansa & Co, das Umsteigen auf Home-Office und Online-Konferenzen, sowie die verstärkte Thematisierung der Klimakrise haben dazu geführt, dass auch in der Öffentlichkeit die stabile Position der Flugindustrie und die „Normalität des Fliegens“ bröckeln. Dass sich auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie ein verändertes Flugverhalten ab-

zeichnet, ergibt eine aktuelle YouGov Umfrage: Etwa 45 Prozent der befragten Geschäftsreisenden in Europa und Großbritannien erwarten, dass sie auch nach der Pandemie deutlich häufiger auf Geschäftsflüge verzichten werden. Wir müssen die pandemiebedingte Flugpause daher als Chance ergreifen, unser Mobilitätssystem endlich klimagerecht umzubauen! Nach der Pandemie darf es kein „Weiter wie bisher“ geben, denn wenn wir die globalen Klimaziele erreichen wollen, müssen wir den Flugverkehr langfristig reduzieren!

ROBIN WOOD startet im Mai daher gemeinsam mit dem internationalen Stay Grounded Netzwerk eine bundesweite Kampagne für die klimagerechte Reduktion des Flugverkehrs. Gemeinsam setzen wir uns für eine „sichere Landung“ ein: für einen gerechten Umbau zu einer zukunftsfähigen Mobilität, für Züge statt Flüge, eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in nachhaltigere Bereiche und gerechtere politische Spielregeln. Dabei kämpfen wir auch für einen Abbau klimaschädlicher Subventionen: Fliegen ist auch deshalb so billig, weil es massiv subventioniert wird. Auf internationale Flüge wird keine Mehrwertsteuer erhoben und Kerosin wird trotz seiner Klimaschädlichkeit im Gegensatz zu anderen Treibstoffen nicht besteuert. Allein in Deutschland betragen die Steuersubventionen auf internationale Flüge jährlich rund



zehn Milliarden Euro – und das längst vor der Pandemie. Dadurch kommt es zu einer deutlichen Preisverzerrung zugunsten des Luftverkehrs. Diese bewusste politische Steuerung zum Vorteil der mächtigen Luftfahrtindustrie ist nicht nur ungerecht, sondern zerstört auch unsere Lebensgrundlagen. Wir fordern daher ein schnelles Ende der Subventionen und Steuergeschenke für die Luftverkehrswirtschaft. Stattdessen braucht es klimagerechte politische Regeln: z.B. in Form einer Kerosinsteuer und einer Abgabe für Vielflieger*innen.

Wir setzen uns außerdem für die Schließung chronisch defizitärer Regionalflughäfen, sowie für ein Verbot der besonders klimaschädlichen Kurzstrecken- und Inlandsflüge ein. Denn wenn wir Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagern, müssen keine Regionalflughäfen gerettet werden. Wenn wir Flug-

verkehr reduzieren, sind keine Milliarden nötig, um Fluglinien am Leben zu erhalten. Mit der Kampagne wollen wir auch gemeinsam mit Bürgerinitiativen, der Klimabewegung und anderen Organisationen politischen Druck aufbauen, um Flugverkehr auf ein notwendiges Maß zu reduzieren. Denn um die nächste große Krise zu bewältigen, müssen wir JETZT entschlossen handeln!

Dafür brauchen wir Ihre Spende – denn eine starke Kampagne gegen die mächtige Flugindustrie benötigt Zeit, Geld und Ressourcen. Gemeinsam mit unseren Unterstützer*innen kämpfen wir für eine sichere Landung!

Dominique Just, ROBIN WOOD-Mobilitäts-Referentin, Hamburg

Mehr Infos zur Kampagne unter: www.robinwood.de/flieger-stoppen-statt-klima-schrotten





Foto: Uwe Hixsch

Demo in Berlin anlässlich des 10. Jahrestages der Katastrophe von Fukushima. Zwar ist die Anzahl der Atomkraftwerke weltweit rückläufig. Aber aktuell nehmen einige Länder wie China und Großbritannien viel Geld in die Hand, um neue Reaktoren zu bauen

10 Jahre nach der Katastrophe: Fukushima strahlt bis heute

Auch wenn es jetzt zehn Jahre her ist – die Bilder, die damals um die Welt gingen, haben die meisten wohl noch im Gedächtnis. Am 11. März 2011 begann die Reaktorkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima Daiichi. Ein schweres Erdbeben und der anschließende Tsunami beschädigen das Kraftwerk so verheerend, dass es in den folgenden Tagen in drei der Reaktorblöcke zur Kernschmelze kommt. Zwei der Reaktorblöcke explodieren. Gigantische Mengen Radioaktivität treten aus.

Der Unfall hat die Region und das Leben der Menschen vor Ort auf einen Schlag komplett verändert – und das bis heute. Über 150.000 Menschen mussten ihr Zuhause verlassen. Zwar hat die japanische Regierung letztes Jahr die letzte Evakuierungsanordnung aufgehoben, doch bis heute ist nur ein geringer Teil der Bewohner*innen zurückgekehrt. Viele der Städte um Fukushima herum wurden dekontaminiert. Das bedeutet unter anderem, dass der Boden groß-

flächig abgetragen wurde. Das bedeutet auch, dass es mittlerweile hundertausende von Säcken mit kontaminiertem Material gibt, das weiter behandelt und verwahrt werden muss. Gleichzeitig gibt es immer noch große Zonen, in denen die jährliche Strahlenmenge über 50mal höher ist als der internationale Grenzwert und in die ein Zurückkehren kaum möglich ist.

Und das hat Folgen: Laut der Ärzteorganisation IPPNW tritt Schilddrüsenkrebs bei Kindern in Fukushima 20 mal häufiger auf, als erwartbar wäre. Die beschädigten Reaktoren selber sind weiterhin im Ausnahmezustand. Es tritt radioaktives Kühlwasser aus und muss kontinuierlich nachgefüllt werden, um weitere Kernschmelzen zu verhindern. Und natürlich besteht das beständige Risiko, dass ein erneutes Erdbeben die labilen Reaktoren weiter beschädigt.

Fukushima hat ein für allemal bewiesen, dass das Risiko der Atomkraft weder beherrsch- noch kalkulierbar

ist. Auch nicht in einem hochindustrialisiertem Land wie Japan. Dass eine Risikoberechnung eines GAUs von „einmal in hunderttausend Jahren“ nichts hilft, wenn doch alle paar Jahrzehnte ein verheerender Unfall passiert. Dass wir jetzt alles daran setzen müssen, um so schnell wie möglich aus dieser Fehlentwicklung wieder auszusteigen. Sollte man denken.

Doch das Märchen von der sicheren, profitablen und unverzichtbaren Atomenergie wurde Jahrzehntlang wiederholt und konnte sich fest verankern. Japan will einige der Atomkraftwerke, die nach der Katastrophe vom Netz genommen wurden, weiter laufen lassen. Zwar ist die Anzahl der Atomkraftwerke weltweit seit Jahren rückläufig. Aber aktuell nehmen einige Länder wie China und Großbritannien viel Geld in die Hand, um neue Reaktoren zu bauen.

Und Deutschland? Die Reaktorkatastrophe von Fukushima führte bekanntermaßen zur großen Kehrtwende in der

Energiepolitik der damaligen Bundesregierung. Sie gab dem großen gesellschaftlichen Druck nach und beschloss erneut ein Ende der Atomkraftwerke in Deutschland. Doch dieser Beschluss war weniger als halbgar. Zum einen erfolgt die Abschaltung viel zu langsam: Noch immer sind sechs Reaktoren in Deutschland am Netz und werden zunehmend störanfällig. Zum anderen bezog sich der Beschluss eben allein auf die Atomkraftwerke. Atomfabriken wie in Lingen und Gronau sind davon nicht betroffen. Auch für den Transport von radioaktivem Material über Häfen oder Bahnstrecken in Deutschland ist kein Ende in Sicht.

Und mit der wachsenden Aufmerksamkeit auf die Klimakrise wittern die Atomkraftbefürworter*innen Morgenluft. Hier haben sie ein neues Element für ihr Märchen gefunden: In Pressebeiträgen und schneidigen Twitterposts präsentieren sie Atomkraft jetzt als ‚Klimaretter‘. In diesem Fahrtwind rutscht auch dem einen oder anderen Vertreter der Industrie (z.B. Tesla-Chef Elon Musk) oder Politik (z.B. CDU-Rechtsaußen Friedrich Merz) raus, man müsse den

Atomausstieg noch einmal überdenken und sich mit der Weiterentwicklung von Atomkraftwerken beschäftigen. Diese Erzählung schafft es damit auch zunehmend – und häufig wenig hinterfragt – in große Medien wie den Spiegel, Focus oder die Öffentlich-Rechtlichen.

Das ist fatal! Denn: Atomkraft ist Gift für das erneuerbare, soziale und klimagerechte Energiesystem der Zukunft. Das hat drei einfache Gründe:

- Atomkraftwerke passen nicht zu den Erneuerbaren. Sie sind groß und träge und blockieren Kapazitäten im Stromnetz. Das können wir uns in einem erneuerbaren flexiblen Energiesystem nicht leisten.
- Jeder Euro, der in Atomkraft investiert wird – sei es in die Forschung, den Bau neuer Reaktoren oder die Endlagerung von noch mehr gefährlichem Müll – ist ein Euro, der nicht in Erneuerbare fließt.
- Atomkraft ist nicht sozial. Atomenergie funktioniert nur, indem die Kosten und das Risiko verallgemeinert werden, während die Gewinne privatisiert werden.

Vom Uranabbau, über den Betrieb der AKWs bis zur Endlagerung: Die Kosten und das Risiko tragen die Menschen vor Ort und die Steuerzahlenden. Für uns ist klar: die Energiewende muss sozial gerecht sein!

Und, ebenfalls zentral: Wir brauchen Atomkraft schlichtweg nicht! Was wir brauchen ist der entschlossene Ausbau Erneuerbarer Energien und eine konsequente Reduktion unseres Energieverbrauchs. Wir brauchen keine gefährliche und überbeuerte Technologie, die schon so oft gezeigt hat, welche verheerenden Konsequenzen sie haben kann.

Der zehnte Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima ist Anlass, der Menschen vor Ort zu gedenken, die direkt von ihren Folgen betroffen waren und sind. Und er ist eine Ermahnung, wachsam zu bleiben: Die Auseinandersetzung um Atomkraft ist noch nicht vorbei – es gibt noch viel zu tun!

*Ronja Heise, ROBIN WOOD-Energie-
referentin, Hamburg*

Ökostromanbieter finden

Keine Lust mehr auf Atom und Kohle? Kaum etwas ist so leicht wie der Wechsel zu Ökostrom, um die Energiewende zu fördern. ROBIN WOOD hat mehr als 1200 Energieanbieter genau unter die Lupe genommen.

Gepüft hat ROBIN WOOD nach folgenden Kriterien: Die Anbieter verkaufen ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Sie sind eigentumsrechtlich und in ihrem Strombezug unabhängig von der Kohle- und Atomindustrie und sie fördern die Energiewende zusätzlich durch den Bezug von Strom aus Neuanlagen oder durch feste Investitionsprogramme. Dies gelingt zehn bundesweit tätigen Anbietern und zwar: Bürgerwerke – Energie in Gemeinschaft, EWS – Elektrizitätswerke Schönau, Green City Power, Greenpeace Energy, Grün.Power, Mann Strom, Naturstrom, Ökostrom Plus, Polarstern und Strom von Föhr.

Sie finden den Ökostromreport 2020 unter www.robinwood.de/oekestromreport-2020. Er beinhaltet ausführliche Beschreibungen der empfohlenen Anbieter sowie eine Suchfunktion, mit der Sie die Bewertungen aller untersuchten Anbieter abrufen können. Sie finden in der Broschüre auch Informationen zum Ökostrommarkt und zum Stromanbieterwechsel.

Jetzt wechseln!

**ÖKOSTROM-
REPORT
2020**

ROBIN WOOD



Ein sehr sehenswerter Film über die schwedische Forstindustrie

Mit dem Film More of Everything entzaubern schwedische Umweltschützer*innen das grüne Märchen, das die schwedische Forstindustrie über ihre Art des Wirtschaftens verbreitet. „Wenn das schwedische Modell der Waldnutzung weiter umgesetzt wird, sind die Waldökosysteme und das Klima akut gefährdet“, so die Filmemacher*innen. In More of Everything nehmen einige prominente und unabhängige Wissenschaftler*innen und Expert*innen die schwedische Forstindustrie genauer unter die Lupe. Bitte schauen Sie diesen wichtigen Film und verbreiten Sie ihn weiter. Herzlichen Dank!

More of everything wurde von Protect the Forest, Sweden produziert und veröffentlicht. Der Film wird mit deutschen, englischen und schwedischen Untertiteln angeboten. <https://moreofeverything.org/>

 anzeige



BAYER Dreister Steuer-Raub

*Topthema
im neuen Magazin*

www.stichwort-bayer.de . info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 . 40081 Düsseldorf

 facebook.com/CBGnetwork

**STICHWORT
BAYER**

Konzerkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Vermächtnisse

Foto: Carmen Krumm

Vermächtnisse für die Umwelt

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod sondern sehr viel mit dem Leben zu tun.



Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an, Angelika Krumm: 03332 511459

Für die Zukunft

Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: In Form ihres Vermächtnisses für ihre Kinder und Kindeskinde, Nachbar*innen, Freund*innen, für die Menschen in ihrer Stadt und für die Menschen, die ihre Vision der Zukunft teilen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, gehört sicher dazu. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein.

Darüber reden

Vermächtnisse und Testamentsspenden sind ein Ausdruck der Selbstbestimmung sowie ein Manifest und eine klare Antwort auf die Frage: Wofür stehe ich? Welche Spuren will ich hinterlassen? ROBIN WOOD darf Sie nicht juristisch beraten, aber wir haben viel Verständnis für Ihren Willen! Wenn es darum geht, genau die Entscheidung zu treffen, die Ihren Wün-

schen entspricht, wird Sie Ihr Anwalt oder ein Fachanwalt für Erbrecht gerne unterstützen. Und für alle Fragen, die unsere Arbeit zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen, stehen ich Ihnen ganz persönlich zur Verfügung.

Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.



impresum

Nummer 149/2.21

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.500.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

iStock by Getty Images: clu
Idee: Annika Lübbe, Kommunikationsdesign, Berlin

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD

ROBIN WOOD-Floßtour 2021: Die Zukunft ist erneuerbar!

Nachdem das Floß letztes Jahr nur wenige Tage auf dem Wasser zur Coal&Boat-Demo in Berlin unterwegs war, wollen wir diesen Sommer wieder eine längere Tour machen!

Berlin, 2020: Das ROBIN WOOD-Floß bei der Demo Coal&Boat



Foto: Knut Hildebrandt

Mit dem drei mal zehn Meter großen Floß fahren wir von Berlin nach Hamburg. Während dieser Tour wollen wir den Kohleausstieg und die Energiewende thematisieren und uns für regenerative Lösungen einsetzen.

Die dramatische Klimakrise lässt keinen Zweifel: Der Kohleausstieg ist längst überfällig. Strom und Wärme müssen ohne diesen fossilen Energieträger produziert werden. Doch Politik und Wirtschaft bauen auf Gas und Holzbiomasse, also weiter auf Verbrennung und Klimaschaden, statt auf wirklich regenerative Lösungen.

Die Floßtour findet vom **23. Juli bis 16. August 2021** statt. In diesem Zeitraum werden wir in möglichst vielen Orten anlegen, auf den Straßen informieren, Veranstaltungen und Aktionen planen und natürlich auch ab und zu baden gehen. Geschlafen und gegessen wird dabei an Bord, in Zelten oder bei netten Unterstützer*innen. Über Begleitung, auch mit dem Fahrrad oder Kanu, freuen wir uns sehr!

Weiter Infos auf www.flosstour.de

Die ROBIN WOOD-Floßcrew

ROBIN WOOD

ENERGIEWENDE NICHT VERFEUERN!

#Biomasseschwindel

Wälder und Savannen nicht verfeuern!

Es gibt weitreichende Pläne, Kohlekraftwerke auf Holzverbrennung umzurüsten. In Hamburg wird aktuell geprüft, namibisches Buschholz zu verfeuern – für unsere Energie- und Wärmegegewinnung. Das müssen wir stoppen! Die Zeit der Kohle ist zurecht vorbei. Doch was wir nun wirklich brauchen sind regenerative Lösungen! Schauen Sie dazu bitte auch ab Seite 24 dieser Ausgabe.

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir:

___ Exemplare dieses Magazins
___ Exemplare der Aufkleber: Energiewende nicht
verfeuern/Kein Wald ins Kraftwerk

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name: _____

Straße: _____

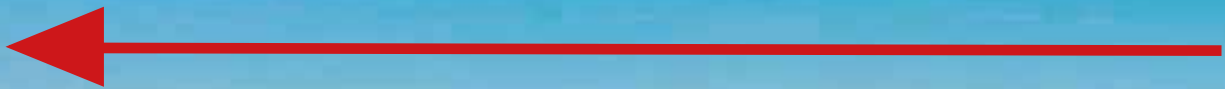
PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum, Unterschrift

Kein Holz statt Kohle!



www.robinwood.de

